

Besprechungen

Dieter Aldrup: Das Rationalitätsproblem in der Politischen Ökonomie. Methodenkritische Lösungssätze. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 189 S.

Aldrup entfaltet auf der Basis des kritischen Rationalismus *Poppers* eine Kritik an den erkenntnistheoretischen Grundlagen der ökonomischen Entscheidungstheorie. Er klassifiziert die beiden repräsentativen Positionen, auf die sein Angriff zielt, als „starren Dogmatismus“ und „heillosen Relativismus“ und faßt beides als (irrationalen) Dezisionismus zusammen. Der Rekurs auf letzte, bekenntnishaft gesetzte Maximen entbehrt nach Aldrup in gleicher Weise der Rationalität wie die aus der resignativen Erkenntnis fehlender Fixpunkte letzter Wahrheitsfindung resultierende Hinnahme (fast) jeglicher Unfehlbarkeitsinstanzen. Die „rationale“ Gegenkonzeption wird vom Autor mit einer nicht gerade sehr glücklichen Wortwahl als „Revisionismus“ eingeführt, das „ist die konsequente Negation des im irrationalen Gegentyp angestrebten Rekurses auf unangreifbare Maximen oder Autoritäten...“ Die Praxis solch permanenten Revisionismus versteht sich als aktive Bereitschaft, der menschlichen Unvollkommenheit, den stets lauern den Irrtümern und der konservativen Bequemlichkeit eingedenk zu sein und mit der im Falsifikations-Kriterium auf den methodischen Begriff gebrachten Rationalität das Wissenschafts- oder besser Erkenntnisprogramm voranzutreiben.

Aldrups scharfsinnige Kritik gerät ihm jedoch zum Gefecht mit Pappkameraden, wenn er übergeht, daß die Geschichte der Wissenschaft „revisionistische“ Praxis in dem von ihm — mit dem Ausspruch der Originalität — postulierten Sinn ist. Durch den Verzicht auf historischen Aspekt gleitet Aldrup das wohl schlagkräftigste Argument für seine Konzeption aus den Händen, denn nur mit historischem Material läßt sich der Anspruch des kritischen Rationalismus einlösen, die eigene erkenntnistheoretische Position dem Falsifikationsverfahren zu unterwerfen. Einseitig verkürzt scheint auch Aldrups bündiges Urteil über den Marxismus als dogmatischen Dezisionismus. *Marx* abkanzeln, ihm gerade noch wohlwollend die Schöpfung eines „imposant-ideenreichen und nicht zuletzt vom starken Mitgefühl“ für das frühkapitalistische Arbeitsleid geprägten Gedankengebäudes zu konzedieren, ohne die prinzipielle Offenheit *Marx'* bezüglich der konkreten Konturen der künftigen Gesellschaft zu erörtern, weist auf eine dogmatische Handhabung des kritischen Rationalismus hin. Zudem: Der Marxismus integriert Politische Ökonomie und Erkenntnistheorie; der kritische Rationalismus bietet nichts an Politischer Ökonomie, sondern muß sich am gegebenen Theorienbestand festbeißen. Auch fehlt die Überprüfung, ob nicht die dialektische Methode — als prinzipielle Suche nach unerkannten Widersprüchen und fort-

gesetzte „Revision“ der Theorie — zumindest gleiche erkenntnistheoretische Funktion wie der kritische Rationalismus hat, nur mit dem Unterschied des historischen Selbstverständnisses, das die Trennung von positiver Theorie und Erkenntnistheorie überwindet.

Karl Georg Zinn, Aachen

Axel Neu: Ökonomische Probleme des Strafvollzugs in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XIV, 160 S.

Eine Arbeit, die die Kosten des gegenwärtigen Strafvollzugs errechnet und mit den Kosten möglicher alternativer Regelungen vergleicht, besitzt sofort das erhöhte Interesse des Kriminalpolitikers, der bei seinen Bemühungen um eine Reform des Strafvollzugs angesichts der Widerstände von seiten der „öffentlichen Meinung“ nach Bundesgenossen sucht, vor allem nach solchen, die die wirtschaftswissenschaftlich eingefärbte Sprache der Gegenwart (Bruttosozialprodukt, Steueraufkommen, Arbeitsproduktivität, Konsum u. ä.) sprechen. Den Staat kostspieliger Befriedigung überholter Rachebedürfnisse zu überführen, weil volkswirtschaftliche Rechnung für ein weniger aufwendiges Strafsystem spricht, das seiner Ordnungsfunktion trotzdem gerecht wird, wäre ein spektakulärer Fortschritt.

Der Verfasser verneint zunächst die Zuverlässigkeit einer Berechnung der Gesamtkosten der Kriminalität, wie sie u. a. in den USA für das Jahr 1965 erstellt worden ist (rund 21 Mrd. US-Dollar = 4% des Volkseinkommens) und schränkt auch noch die Berechnung für den Bereich „Innere Sicherheit“ auf den Strafvollzug ein. Dadurch gewinnt die Berechnung zweifellos an Kontur, ohne an kriminalpolitischer Bedeutung wesentlich einzubüßen. In sorgfältiger Analyse stellt der Verfasser nun die tatsächlichen Kosten für den Strafvollzug im Jahre 1966 den fiktiven Vollzugskosten erstens bei besserer Arbeitsbelohnung („Entlohnung“) der Gefangenen, wie sie seit langem gefordert wird, und zweitens bei Nichtvollstreckung kurzfristiger Freiheitsstrafen (jetzt § 14 StGB) gegenüber.

Die „gesamtgemeinschaftlichen Sanktionskosten“ betragen 1966 622 Mill. DM, wovon allerdings rund 300 Mill. DM entgangene Nettoeinkommen der Gefangenen sind. Was nun zunächst die Vollzugskosten bei besserer Arbeitsbelohnung der Gefangenen angeht, so würden für eine Arbeitsentlohnung aus den tatsächlichen Erträgen der Gefangenenarbeit nach Berechnung des Verfassers netto 208 DM pro Gefangenen und Monat zur Verfügung stehen (statt tatsächlich aufgewendeter 25 bis 30 DM). Das würde zwar eine Mehrbelastung des Steuerzahlers von jährlich 80 Mill. DM bedeuten, weil der Gewinn aus der Gefangenenarbeit nicht mehr in die Staatskasse fließen würde, andererseits aber auch die Möglichkeit der Schadenswiedergutmachung und Unterstützung der Familie des Häftlings, die sonst von der Fürsorge, also aus Steuermitteln, aufzubringen ist.

Eine Reduzierung der Vollstreckung kurzfristiger Freiheitsstrafen würde zu einer Einsparung von jährlich 8,8 Mill. DM (730 DM pro Kopf bei 12 000 Gefangenen weniger) an Haftkosten führen. Auf der anderen Seite würden die Haftkosten für den Restbestand an Gefangenen um knapp 14 Mill. DM steigen,

weil der Einnahmeüberschuß der Arbeitsverwaltung durch den Wegfall eines Teils des „Arbeitspotentials“ geringer werden würde.

Im ganzen errechnet der Verfasser eine Einsparung an gesamtgesellschaftlichen Sanktionskosten von etwa 90 Mill. DM (532 Mill. DM statt bisher 622 Mill. DM), was sich aber allein aus den höheren Nettoeinkommen der Gefangenen durch Haftverschonung ergibt.

Selbst wenn man die durch Mitberücksichtigung der Nettoeinkommen der Gefangenen zustande gekommene günstige Bilanz zu würdigen weiß, erscheint es fraglich, ob sich aus dieser Berechnung ein schlagendes Argument für die Strafvollzugsreform herleiten läßt. Nicht nur, daß bei Umlegung der durch die Gefangenenarbeit tatsächlich erwirtschafteten Beträge lediglich 208 DM pro Kopf und Monat herauskommen, also nicht einmal die von der Großen Strafvollzugskommission geforderten 75 % des normalen Tariflohns, und infolgedessen ein erheblicher Zuschuß aus dem Steueraufkommen erforderlich sein wird, um die Gefangenen wirklich zu entlohnen; es ist auch fraglich, ob der Gesetzgeber, der nur die Belastung des Staatssäckels durch den Strafvollzug selber (und nicht die Folgekosten im gesamtgesellschaftlichen Bereich) sieht, davon zu überzeugen sein wird, daß es notwendig ist, auf den Einnahmeüberschuß aus der Arbeitsverwaltung zu verzichten und noch außerdem eine Erhöhung der sozialen Kosten des Vollzugs hinzunehmen, nur um die Ausfälle an Nettoeinkommen der Gefangenen zu verringern (selbst wenn dadurch Verbesserungen in der Situation der Opfer und der Familien der Gefangenen eintreten, die dem Gesetzgeber nicht sonderlich nahestehen).

Dagegen fallen durch die materialreichen und gründlichen Untersuchungen des Verfassers vor allem zum „Arbeitspotential“ der Gefangenen wertvolle Früchte für den Kriminologen ab, z. B. hinsichtlich der Berufs- und Altersstruktur der Gefangenen, der Verteilung der Berufe auf die einzelnen Deliktstypen und der Beschäftigungschancen der Gefangenen nach Strafverbüßung. Mit seiner Feststellung, daß die Gefangenenarbeit ganz anders auszusehen hätte, wenn sie wirklich der Resozialisierung dienen soll, bestätigt der Verfasser kriminologische Erkenntnisse von volkswirtschaftlicher Seite. Gewinnerzielung durch Gefangene wird heute noch für wichtiger gehalten als berufliche Ertüchtigung zur Bewältigung der Freiheit — im Jugendvollzug sogar für wichtiger als Ausbildung. Die Ideologie, die anno 1687 zur Gründung des Spandauer Zuchthauses geführt hat („zur Beförderung der Wollen- und Seydenmanufakturen auch zugleich der Verbesserung der bishero ermangelnden Spinnerei in unseren Kurlanden“), ist bis heute nicht überwunden.

Ein umfangreicher, auch kriminologisch wertvoller Tabellenteil über zahlreiche, den Strafvollzug betreffende Einzelfragen beschließt das Buch, das alles in allem eine sorgfältige, interessante und wichtige Arbeit ist, die zu weiteren Untersuchungen anregen und die parlamentarische Arbeit am Strafvollzugsgesetz befruchten sollte. Am Rande, und deshalb vielleicht um so wirksamer, leuchtet sie in beschämende Zustände der heutigen Praxis des Strafvollzugs hinein und leistet damit auch auf diesem Weg vernünftigem Reformbestreben Vorschub.

Joachim Hellmer, Kiel

Eckart Schremmer: Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel. München 1970. C. H. Beck. 780 S.

Nach einem knappen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns bis zum Beginn der Herrschaft der Herzöge aus dem Hause Wittelsbach behandeln zwei umfangreiche Teile des Buches die Zeit bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts und die Periode des Merkantilismus bis etwa 1803 (also Bayern noch ohne Augsburg und Nürnberg). Bei der Fülle des Stoffes kann der Verfasser nicht auf die gesamte Wirtschaft eingehen. Er beschäftigt sich, wie er im Titel angibt, vor allem mit der Urproduktion (d. h. mit dem Salzwesen, dem Erzbergbau, den Hütten und Hammerwerken) sowie dem Gewerbe, das er „als Übergriff zu Handwerk und Handelsschaft“ auffaßt (hier besonders mit dem Textilgewerbe und der Glasmacherei, mit der Entwicklung zum Verlag, zur Manufaktur und Fabrik). Außerdem berücksichtigt er ausführlich Verkehrsprobleme (das Straßennetz, das Post- und Bankwesen) sowie Fragen des Handels (u. a. verschiedene Handelsformen, den Binnen-, Transit- und Fernhandel). Wesentlich ist auch, daß Bevölkerungsprobleme einbezogen werden, z. B. das Wachstum der Einwohnerschaft, die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in den Städten, in den Markorten und auf dem platten Lande.

In seiner gründlichen Untersuchung bringt Schremmer nicht etwa nur eine Zusammenfassung der bereits vorliegenden Veröffentlichungen zur Geschichte der Wirtschaft Bayerns. Vielmehr nimmt er kritisch Stellung zu bisherigen Darstellungen. Er deckt Lücken der Forschung auf und regt zu vertiefter Arbeit an, z. B. auf dem Gebiete des Salzhandels Bayerns mit Württemberg, der Hofmarken, der Söldenstellen, des Druckereiwesens, der Bevölkerungsstatistik oder der Finanzverwaltung der Kirche. Vor allem aber zeichnet sich sein Werk dadurch aus, daß ganz neue Erkenntnisse vorgetragen werden. So ist u. a. der Verlust durch den Dreißigjährigen Krieg geringer gewesen, als bisher angenommen wurde. Oder: Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Gewerbe und landwirtschaftlicher Produktion hat — zumindest während des Spätmittelalters — nicht bestanden. Es muß im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl der Sölden (der „1/6- und weniger Hofstellen“, S. 349, Anm. 2) von einer „Territorialisierung“ des Gewerbes gesprochen werden. Unter dieser versteht Schremmer „die Ausbreitung des Handwerks und der Handelsschaft ... auf das flache Land“ ohne ein vollständiges Absterben des Gewerbes in den Städten (S. 345 f.). Auch wird herausgehoben, daß eine Proletarisierung der Handwerker durch Manufakturen oder vorindustrielle Großbetriebe nicht erfolgt ist. Der Arbeitnehmerstand, der sog. vierte Stand, war bereits vor der liberalen Gesetzgebung stark differenziert: „Die Zusammenfassung aller Arbeiter zu einer einheitlichen homogenen Masse ist nur eine im Modell zulässige Vereinfachung“ (S. 448).

Schremmer hat seinem Buche eine reiche Literaturliste und Quellenangabe, ein Namen- und ein Ortsregister sowie neun instruktive Karten über die Stapel- und Niederlagsorte, über die Mautstationen und die reitenden sowie fahrenden Posten von 1490 bis 1808 beigegeben. Seine überaus wertvolle

Arbeit läßt wünschen und hoffen, daß die bisher nicht berücksichtigten Wirtschaftszweige noch behandelt und die Untersuchungen auf das 19./20. Jahrhundert ausgedehnt werden können.

Eberhard Schmieder, Berlin

Boris Ischboldin: History of the Russian Non-Marxian Social-Economic Thought. New Delhi 1971. New Book Society of India. 328 S.

Über Ursprung und Ausbildung des sozialökonomischen Denkens in Rußland war in der westlichen Welt bis zum Erscheinen dieses Buches wenig bekannt. Vor allem fehlte eine Gesamtdarstellung von den Anfängen bis in die neueste Zeit, denn die einschlägige Literatur außerhalb Rußlands galt vornehmlich einzelnen Gelehrten oder gesonderten Entwicklungsabschnitten.

Abgesehen von den umfänglichen dogmenhistorischen Werken aus der Feder sowjetischer Autoren (so von *Blyumin*, *Karataev* und *Ryndina*, *Stein* wie auch der dreibändigen Akademieausgabe), die analytisch-kritisch vom Marxismus-Leninismus geprägt sind, war das Interesse an der Erkundung der eigenen Fachgeschichte unbedeutend geblieben. Dies mag im wesentlichen damit zu erklären sein, daß man der ganzen vorrevolutionären Ära russischer Sozialökonomik von jeher nur geringe Originalität beimaß. Freilich ist dieses Globalurteil bis in die Gegenwart umstritten. *Svyatlovsky*, einer der namhaftesten Ideenhistoriker nach der Jahrhundertwende, behauptete 1910 und dann 1923 erneut, daß die russische Lehrtradition durchweg starke westeuropäische Einflüsse widerspiegeln. *Plechanov* stimmte ihm 1915 zu, und *Blyumin* bekräftigte 1940 diese These, während *Pashkov* und andere führende sowjetische Ökonomen neuerdings den Standpunkt vertreten, von mangelnder Eigenständigkeit spezifisch russischen Gedankengutes in der Entwicklung der Sozialökonomik könne schon deshalb keine Rede sein, weil die Doktrinbildung immer und überall die gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnisse reflektiere.

Aus dieser Kontroverse sucht Ischboldin — Emeritus der Universität St. Louis (Missouri) — in der Weise herauszuführen, daß er sämtliche Hauptvertreter und Lehreperioden der Sozialökonomik in Rußland ideen- und realgeschichtlich abhandelt, um die Ursprünglichkeit ihrer Ansätze und Werkzeugnisse darzutun oder aber die Einwirkung fremder Strömungen offenzulegen. Der Buchtitel umschreibt den Inhalt insofern ungenau, als die Exposition zu etwa gleichen Teilen die *vormarxsche* und sodann die *nichtmarxistische* Wirtschafts- und Gesellschaftslehre zum Gegenstand hat.

Die Darstellung setzt bei den ältesten Überlieferungen wirtschaftlicher Postulate und Lebensregeln ein, wie sie seit dem Ende des 15. Jahrhunderts namentlich von orthodoxen Mönchen gesammelt und verzeichnet wurden (am bekanntesten *Sylvester Medvedevs* „Domostroi“). Es folgen die Merkantilisten und Physiokraten als Begründer der politischen und systematischen Wissenschaft und Wegbereiter des Frühkapitalismus, der in den Apologeten der Leibeigenschaft (*Shcherbatov*, *Sumarokov*) sozialhistorisch kulminierte und mit dem ersten Vordringen geschichtsphilosophisch-entwicklungsgesetzlicher Ideen (*Desnitsky*) und radikaler Reformbestrebungen (*Radishchev*) der Verbreitung westlich-aufgeklärter Staats- und Gesellschaftsauffassungen und klassisch-ökonomischer Maximen und Lehrbegriffe die Bahn ebnete. Dabei

sind wesentliche Anstöße auch von deutschen Gelehrten ausgegangen, und Roscher hat geradezu von einer „Deutsch-Russischen Schule“ (*Schlözer, Jakob, Storch*) gesprochen, die allerdings zufolge ihrer teilweise romantischen oder noch kameralistischen Orientierung manche Abstriche an der klassischen Theorie machte und, wie Ischboldin betont, von der ihr nahestehenden Gruppe russischer Nationalökonomien (*Stepanov, Butovsky, Vernadsky, Kokorev*) schwerlich getrennt werden kann.

Die weitere Entwicklung im 19. Jahrhundert verläuft angesichts widerstreitender westeuropäisch beeinflusster und nationalrussisch bestimmter Denk- und Lebensformen in stark divergierenden Richtungen. Ischboldin verweist des näheren auf die Dekabristen (*Pestel, Turgenev, Muravyev*), die mit ihren liberalen und später sozialistischen Überzeugungen und Kampfzielen nach dem mißglückten Petersburger Aufstand vom 26. 12. 1825 in der Verbannung endeten, auf die den Listschen Erziehungszollgedanken vorwegnehmenden gemäßigten Industrieprotektionisten (*Mordvinov, Kankrin*), die Slawophilen (*Khomiakov, I. und C. Aksakov, P. und I. Kireyevsky, Samarin*) als Verteidiger vorpetrinischer Sozialstrukturen — zumal des „Mir“ und „Artel“ — gegenüber westlicher Individualgesinnung und Rationalität, ferner auf die politische und literarische Bewegung der Narodniki (*Herzen, Ogarev, Milyutin, Mikhailovsky, Lavrov, Youzhakov*), die eine Erneuerung Rußlands durch solidarische Gemeinwirtschaft der Bauern erstrebten, und zwar nicht zuletzt in Auseinandersetzung mit den eben damals nach Rußland gebrachten marxistischen Theorien, besonders mit denjenigen, die sich auf den ökonomischen Determinismus und die Unentrinnbarkeit des Durchgehens durch bestimmte Wirtschaftsstufen beziehen, und schließlich auf die dem Narodismus zuneigenden Richtungen liberaler Populisten (*Vorontsov, Danielson, Chuprov* u. a.) und radikalsozialistischer Revolutionstheoretiker und Assoziationisten (*Chernyshevsky, Dobrolyubov*).

Die Historische Schule der Volkswirtschaftslehre fand in Rußland breite Resonanz (*Bunge, Witte, Bulgakov, Zhelezov, Kavelin, Svyatlovsky*) und leitete auch hier eine Periode vielfältiger sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Studien ein, während die etwa um 1890 einsetzende Neubelebung der Wirtschaftstheorie betontermaßen darauf abzielte, Grundgedanken der englischen Klassiker, der Österreicher und von Marx in einer „kritischen Synthese“ zu revidieren und besonders die Wert-, Verteilungs-, Krisen- und Konjunkturlehre mit den sozialökonomischen Bedingungen des Hochkapitalismus in Einklang zu bringen (*Tugan-Baranovsky, Struve, Bouniatian, Bilimovich*). Nach einer gedrängten Würdigung der währungs- und budgetpolitischen Reformprojekte *Bernatskys*, des letzten Finanzministers vor der Oktoberrevolution, erörtert der Autor die Beiträge russischer Gelehrter zur Mathematisierung der Wirtschaftstheorie (*Dimitriev, Slutsky*), alsdann den gesellschaftsphilosophischen und pragmatischen Ideengehalt des russischen Anarchismus (*Bakunin, Kropotkin, Tolstoy, Berdgaev*) sowie die nach dem Ersten Weltkrieg außerhalb der Sowjetunion entstandene, besonders von *Savitsky* propagierte eurasische Bewegung, die mit ihrem kulturgeschichtlichen und geopolitischen Credo, der russische Staats- und Siedlungsraum verkörpere zwischen Ost und West einen arteigenen Kontinent, zum Sammelbecken unterschiedlichster Doktrinen und Ideologien wurde.

Im Schlußkapitel trägt Ischboldin — an Hand eines Auszugs aus „Economic Historicism“ von G. M. Baqir (New Delhi 1968) — seine eigene Lehrkonzeption vor, die er „Economic Synthesis“ nennt und die der Vereinigung historischer und dogmatisch unbefangener theoretischer Forschung dienen soll; sie wird S. 320 wie folgt definiert: „The genuine economic synthesis is that branch of economic analysis which uses the natural-scientific and cognitive methods to develop static and dynamic economic laws that can be used for analyzing the given socio-economic phenomena without applying a direct subjective value judgment.“ Als seine Lehrmeister und Vorbilder bezeichnet der Verfasser *Sombart*, *Spiethoff* und *Max Weber*.

Wie schon zu Beginn bemerkt, schließt das Buch eine empfindliche Lücke und nötigt als dogmengeschichtliche Leistung Respekt ab, auch wenn bei manchen Darlegungen Fragen offenbleiben.

Antonio Montaner, Mainz

Werner Glastetter: Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie. Köln 1971. Bund-Verlag. 372 S.

Diese Untersuchung enthält eine außergewöhnlich tiefgreifende und auch didaktisch geschickt geführte Auseinandersetzung mit wirtschaftstheoretischen und -politischen Grundpositionen, wie sie seit den Tagen der Klassiker unser Denken und Handeln entscheidend bestimmen. Glastetter möchte vor allem durch Dogmenkritik zur Neubegründung der „Politischen Ökonomie“ beitragen, weshalb er die von *Galbraith* und *Heimann* schon diskutierten Thesen von der Überflußgesellschaft mit den Argumenten der Wachstumstheoretiker und -politiker seit ihren Anfängen konfrontiert. In der reichhaltigen Literaturauswahl, die allerdings auf das in deutscher Sprache vorliegende Schrifttum beschränkt ist, fehlen die erkenntniskritischen und konzeptionsorientierten Arbeiten von *G. Weisser* und einigen seiner Schüler zu Fragen des Ökonomismus, der Gemeinwirtschaft und der Politik, zumindest geht der Autor auf einige von ihnen nur am Rande ein.

Teil A befaßt sich ausführlich mit der Entstehung und mehr noch mit der Durchsetzung der modernen Wachstumskonzeption, die als Ziel- und Ordnungskonzept begriffen wird. Ausführlich werden dabei auch zeitweise erfolgte, letztlich freilich nicht gravierend gewordene Herausforderungen der Konzeption durch Lehren von *Marx*, *A. Wagner* und *J. M. Keynes* erörtert und wird die Rolle von *Schumpeters* „Entwicklungstheorie“ beleuchtet. In der Wachstumsforschung unterscheidet Glastetter die stark ausgebauten Modelltheorie, die empirische Wachstumstheorie (*W. W. Rostow*) und die sozio-ökonomische Feldanalyse (*W. A. Lewis*). Die bis heute tonangebende Modelltheorie (*Harrod*, *Domar*, *Solow* u. a.) klammert das qualitative Sinnproblem des gesamten Wachstumsprozesses im Interesse logisch exakter Konditionalaussagen über eine Trennung von positiver und normativer Ökonomik aus. Dieses Vorgehen wird nach Auffassung des Autors „den Problemen der Realität nicht mehr gerecht, mag sie noch so viele Hypothesen modifizieren und scheinbar realistischer ausgestalten“ (S. 30). An dieser Stelle wird, im Unterschied zu späteren Darlegungen des Buches, nicht ganz der Eindruck vermieden, daß es sich bei den „Hypothesen“ vom zweifellos vorliegenden Realitätsbezug her um

generelle Sätze überprüfbarer Art handelt. Dies ist freilich ebensowenig der Fall, wie die Kennzeichnung der theoretischen Leistung *Rostows* voll zutrifft.

Teil B bringt eine nicht sehr umfangreiche, gleichwohl gründliche Erörterung der modernen Wachstumskonzeption, in der die methodische und logische Problematik des zur Ideologie gewordenen Konzepts, vor allem aber das sachliche Phänomen der Sättigung ausgebreitet werden. Im Zusammenhang der Diskussion der Sättigungsthese wird vom Verfasser auch zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen, beispielsweise der Stagflation, Stellung genommen. Obwohl mich die von *Glastetter* vertretene Sättigungsthese auf Grund der angeführten Argumente mehr überzeugt als die mit ihr konfrontierte These von der langfristigen Konstanz der Konsumneigung, ist die Ausklammerung der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern (vgl. S. 225) in einer politisch-ökonomischen Untersuchung doch wohl mehr als ein Schönheitsfehler. Auch scheint mir der Kern der Sättigungsthese — daß der Bedarf künftig nicht mehr als „Datum“ unterstellt werden darf und „somit nicht mehr originäres Element ist“ (vgl. S. 240 f.) — noch nicht genug mit der Feststellung eines vergrößerten „Autonomiebereichs des Konsumenten“ abgestimmt zu sein. Stellte der Bedarf bislang wirklich ein originäres Element dar, oder wird dies erst künftig der Fall sein?

Teil C enthält in kürzeren Darlegungen verschiedene positive Ansätze und Konsequenzen einer Neuorientierung, die nicht ganz die Dichte und Überzeugungskraft aufweisen wie die kritischen Parteien vorher. Der Verfasser verwirft hier die Thesen von der Konvergenz der Wirtschaftssysteme (*Tinbergen*) und von der Interdependenz der Wirtschaftsverfassungen (*Eucken* u. a.) als nicht ausreichende Ansätze für eine „dritte Ordnung“ gesellschaftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Er glaubt zur Ziele- bzw. Wertediskussion über *Max Webers* Standpunkt einer werturteilsfreien Wissenschaft hinausgehen zu müssen, obwohl er zugleich — und durchaus zutreffend — vor objektiven Rechtfertigungen und geschichtsphilosophischen Begründungsversuchen von Entwicklungen warnt. Die Möglichkeiten zu wertfreier Analyse und Interpretation veränderter Ziel- und Ordnungskonzepte kommen jedoch zu kurz. Fraglich dürfte auch sein, ob wir unter sachlichen Gesichtspunkten wirklich eine grundlegende „Neuorientierung“ der Konzeption mit institutionalisierter imperativer Planung durch eine vierte Gewalt (vgl. S. 336 ff.) brauchen. Genüge in Anbetracht der noch anhaltenden Knappheitsphänomene nicht eine bloß pragmatisch orientierte Akzentveränderung der bisherigen Politik, zumal sie einen neuen Dogmatismus wohl am ehesten vermeiden ließe?

Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

Wilfrid Schreiber: Ein analytisch-numerisches Gesamt-Modell der Volkswirtschaft als Hilfsmittel der Wachstums-, Konjunktur- und Lohntheorie — Erste Ausbaustufe: Erweitertes Ein-Gut-Modell. Köln, Opladen 1970. Westdeutscher Verlag. 93 S.

Die vorliegende Untersuchung, als erste Ausbaustufe eines größeren Projekts unter Leitung von *Wilfrid Schreiber* gedacht, enthält ein „theoriebestimmtes“ Ein-Gut-Modell für eine Volkswirtschaft. Ziel ist, in späteren

Ausbaustufen ein 8-Güter-11-Sektoren-Modell (acht Wirtschaftszweige, Privathaushalte, Staat, Bankensystem) zu entwickeln, mit dem Grundlagen für die Wachstums-, Konjunktur-, Lohntheorie und damit auch für die Wirtschaftspolitik geliefert werden sollen. Der Autor verwendet eine Reihe bekannter theoretischer Konzepte (wie Cobb-Douglas-Produktionsfunktion; Minimalkostenkombination; Differentialgewinntheorie von H.-J. Rüstow, Kreislaufbeziehungen). Bei manchen dieser Bausteine des Modells (wie z. B. dem Kapazitätsnutzungsgrad) ist auf die gewählte spezifische Definition zu achten. Ergänzend ist hier auf einige Aufsätze Schreibers in seinem Sammelband „Sozialpolitische Perspektiven“ (herausgegeben von Heinz Allekotte, Köln 1972) zu verweisen.

Im Gegensatz zu ökonometrischen Makrosystemen, werden von Schreiber (und Mitarbeitern) die Parameterwerte jedoch nicht ökonometrisch bestimmt, sondern (innerhalb plausibler Wertebereiche) vorgegeben. Dies ist eine Besonderheit des Schreiber-Modells. Durch Auswahl geeigneter Parameterwerte soll eine möglichst gute Annäherung an die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Dieses Verfahren wird für ein Jahr (1960) vorgeführt, soll aber später auch zur Entwicklung von Zeitreihen verwendet werden.

Ein weiteres Merkmal des Ansatzes kann darin gesehen werden, daß es sich meines Erachtens hier nicht um einen Versuch zur Erklärung der Entwicklung wirtschaftlicher Größen handelt, sondern um einen normativen Ansatz: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit gleichzeitig Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung erreicht werden können? Aus dieser Fragestellung heraus ergeben sich — wie noch kurz zu zeigen sein wird — auch bestimmte verteilungspolitische Folgerungen.

Es dürfte wohl etwas verfrüht sein, nach Vorliegen der ersten Baustufe und Ankündigung der weiteren Arbeiten eine eingehende Diskussion dieses Ansatzes zu beginnen. Ein Urteil über Brauchbarkeit und Leistungsfähigkeit des Vorgehens wird einigermaßen verlässlich z. B. erst dann möglich sein, wenn die Konfrontation der theoretischen Modellwerte mit tatsächlich realisierten Werten für mehrere Jahre vorliegt. Aus diesem Grunde will ich nur einige wenige Anmerkungen zum Abschluß machen:

Es zeigt sich bereits jetzt, daß die statistische Überprüfung „allgemeiner Theoreme“ (wie Einhaltung der Minimalkostenbedingung usw.) noch weitaus schwieriger ist als die (von Schreiber so bezeichnete) Überprüfung „empirischer“ Funktionen (wie Konsum- und Investitionsfunktionen). Dies dürfte bei Verwendung von „Nutzenfunktionen als Nachfragedeterminanten“ (S. 11) noch augenfälliger werden.

Die „überraschend gute“ Übereinstimmung der Ergebnisse des Modellansatzes mit den Werten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 1960 (so Ott in seiner Rezension dieser Arbeit in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 187, S. 469) hinterläßt bei mir doch gewisse Zweifel, denn je nach der Wahl vorgegebener Größen (Arbeitseinkommen bzw. Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen) ergeben sich doch recht unterschiedliche Werte für die vorgeführten vier Parameterkonstellationen (die aus 8 000 durchgerechneten Wertekombinationen ausgewählt wurden). Auch

zeigt sich, daß in Abhängigkeit von der Vorgabe der beiden Größen, unterschiedliche Parameterkombinationen die beste Annäherung an die empirischen Werte erbringen. Offen bleibt auch noch, welches Kriterium zur Auswahl der „besten“ Parameterkombination herangezogen werden soll. (Auf S. 70 scheint eine gewisse Präferenz für die Kombination I deutlich zu werden.) Interessant dürfte auch die Frage sein, ob und ggf. wie sich die neueste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die Rechenergebnisse auswirkt.

Hingewiesen sei noch auf das Schreibersche Ergebnis, „daß zum gleichgewichtigen Wachstum (d. h. hier bei einem „Entwicklungsprozeß der Volkswirtschaft, in dessen Verlauf die beiden Gemeinwohlpostulate ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚stabiler Geldwert‘ ständig erfüllt sind und alle Wirtschaftseinheiten sich im Sinne des Rationalprinzips verhalten“, S. 21) die ‚produktivitätsorientierte‘ Lohnpolitik gehört (S. 12). Ob der Erklärungsgehalt des Schreiberschen Ansatzes höher sein wird als der anderer — insbesondere aus der Mikrotheorie bekannter — Ansätze, in denen für die Wirtschaftssubjekte Entscheidungsregeln zur Realisierung bestimmter (meist vorgegebener) Zielsetzungen entwickelt werden sollen, die Entscheidungseinheiten sich dann „nur noch rational“ (zumeist in einem sehr anspruchsvollen Sinne) zu verhalten haben, bleibt meines Erachtens noch abzuwarten. — Man darf gespannt sein, zu welchen Ergebnissen die Fortsetzung der Schreiberschen Arbeiten führen wird.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Ernst Dürr (Hrsg.): Neue Wege der Wirtschaftspolitik. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 67, NF). Berlin 1972. Duncker & Humblot. 328 S.

Dieser Band umfaßt Referate und Diskussionen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik aus den Jahren 1970 und 1971. Die beiden Themengruppen sind der Konzertierte Aktion und der quantitativen Wirtschaftspolitik sowie der mittelfristigen Finanzplanung und regionalen Entwicklungsplanung gewidmet. Wie die Herausgeber einleitend bemerken, handelt es sich um recht kontrovers diskutierte Fragen. — Joachim *Klaus* gelangt in einer Entwicklungsanalyse der Konzertierte Aktion (Die Konzertierte Aktion als Instrument der Neuen Wirtschaftspolitik) zu einer äußerst skeptischen Beurteilung der Zukunftsaussichten dieser Institution. Bernhard *Külpe* erörtert die Konzertierte Aktion vor dem Hintergrund der collective bargaining-Theorien und hebt die Informationsfunktion der Konzertierte Aktion hervor. Unter dem Aspekt der Informationsverbesserung der Tarifpartner erweitert *Külpe* den Begriff Konzertierte Aktion und zählt dazu auch den Sachverständigenrat („Konzertierte Aktion im weiteren Sinn“). Die Informationszunahmen der Tarifvertragsparteien im Zuge der Konzertierte Aktion führt je nach theoretischem Ansatz (*Hicks-Dunlop* versus *Ross*) zu entgegengesetzten Konsequenzen bezüglich Konfliktminderung und Preisniveaue Auswirkungen. Eine kritische Überprüfung der Prämisse, ob aus der Konzertierte Aktion überhaupt ein Informationsgewinn resultiert, der auf das Verhalten der Tarifpartner Auswirkungen hat, unterbleibt. Die Annahme *Külpes*, daß aus der durch die Konzertierte Aktion i. w. S. fließenden zusätzlichen Informatio-

nen (quantitativ) auch eine qualitative Änderung des Informationsstandes folgt, erscheint plausibel, bedürfte jedoch einer fundierten Begründung. Der qualitative Aspekt ist vor allem mit der quasi-neutralen Position jener Gesprächspartner in der Konzertierte Aktion (Regierung, Sachverständigenrat) verknüpft, deren Stellungnahmen und Empfehlungen in der Öffentlichkeit nicht als eindeutige Interessenpolitik aufgenommen werden.

An diesem Punkt wird die ideologische, d. h. hier Interessen bzw. Machtstrukturen verschleiernde Funktion einer Konzertierte Aktion relevant. Konzertierte Aktion als einkommenspolitischer Baustein eines technokratischen Modells der Wirtschaftspolitik verstärkt die in der jüngeren (ökonomischen) Demokratietheorie aufgewiesene Tendenz der Preisgabe der Interessen des „atomistischen Stimmbürgers“. *Widmaier* und *Roloff* (Thesen zur Kritik der quantitativen Wirtschaftspolitik) weisen an Hand des *Timbergenschen* Modells der quantitativen Wirtschaftspolitik auf die Gefahr der Ausklammerung qualitativer Aspekte (Strukturpolitik, Lebensqualität) und der kumulativen Vernachlässigung jener Interessen hin, die im Rahmen der Konfliktvermeidungspolitik der Regierung nicht artikuliert, geschweige denn wirksam vertreten werden (Pluralismusmodell versus Stimmenmaximierungsmodell der Demokratie).

Die Abhandlungen des zweiten Teils stehen in engem Zusammenhang mit der seit 1967 (Stabilitätsgesetz) eingeleiteten Reform der öffentlichen Haushalte und den Versuchen zur langfristigen Orientierung der Finanzpolitik. *Hansmeyer* gibt einen umfassenden Überblick zur mittelfristigen Finanzplanung als neues Instrument der Wirtschaftspolitik. Ausführlich wird von *Wilhelm Weber* und *Windisch* das „Planning Programming Budgeting System“ (PPBS: Neue Wege in der Planung öffentlicher Ausgaben) dargestellt (S. 147 bis 260). Die Autoren referieren nicht nur die amerikanischen Erfahrungen mit dem PPBS, sondern geben auch der Kritik breiten Raum. — Unter systemtheoretischem Aspekt diskutieren *Jürgensen* und *Thormählen* (Regionale Entwicklungspläne: Ziele, Ansätze, Erfolgsmöglichkeiten) den raumpolitischen Problemkreis. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich regionale Entwicklungspläne in ein integriertes Planungsmodell einfügen lassen. — *J. Heinz Müller* und *Geisenberger* widmen sich einem speziellen Gebiet der regionalstatistischen Analyse (Probleme und Möglichkeiten der Bestimmung des Entwicklungsstandes von Regionen); besonderes Interesse dürfte ihre Erörterung der Faktorenanalyse finden.

Karl Georg Zinn, Aachen

Karl-Eugen Schöninger: Konjunkturstabilisierung als Koordinationsproblem zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik. Meisenheim am Glan 1972. Anton Hain. 254 S.

Die vorliegende Arbeit untersucht die politischen Erfolgsbedingungen der Konjunktursteuerung. Das Aktionsfeld in der Stabilisierungspolitik ist weitgehend politisch bestimmt, so daß eine in sich konsistente stabilitätspolitische Konzeption keine hinreichende Voraussetzung für eine erfolgreiche Konjunktursteuerung ist, vielmehr politische Bedingungen gegeben sein müssen, welche deren situationsgerechte Realisierung erlauben. Die geringe Effizienz der

‚Volkswirtschaftlichen Globalsteuerung‘, wie sie in der BRD bisher praktiziert wird, erklärt sich daher in einem nicht unerheblichen Maße aus politisch bedingten Koordinierungsmängeln — politische Hemmungsfaktoren im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß begrenzen die Wirksamkeit ihrer Instrumente. Eine modellgerechte Konjunkturpolitik ist kaum möglich, weil die Entscheidungen über wirtschaftspolitische Ziele sowie über den Einsatz der Instrumente in ständiger Konkurrenz zu gesamtpolitischen Erwägungen stehen. Mit Recht wird daher hervorgehoben, daß die Globalsteuerung nicht besser sein könne als die Leistungsfähigkeit der jeweiligen politischen Entscheidungsprozesse.

Die Untersuchung richtet sich dementsprechend auf den Prozeß der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in einer pluralistischen Gesellschaft bei parlamentarischem Regierungssystem (und damit wahlabhängigen Entscheidungsträgern). Um die Anwendungschancen der Globalsteuerung zu prüfen, ist die Einschätzung der am Entscheidungsprozeß beteiligten oder darauf einwirkenden politisch-gesellschaftlichen Kräfte von grundlegender Bedeutung, ihre wissenschaftliche Analyse demnach von hervorragender Wichtigkeit.

Unter diesem Aspekt analysiert der Verfasser die Stabilitätspolitik der BRD für den angegebenen Zeitraum. Dabei werden, teilweise in sehr weitgehender dokumentarischer Weise, die politischen Entscheidungsprozesse und die für sie damals geltenden politisch-ökonomischen Konstellationen herausgearbeitet sowie die wesentlichen politischen Hemmnisse für eine angemessene Stabilisierungspolitik dargelegt. Im einzelnen wird demonstriert, wie die Ansätze für eine wirksame konjunkturpolitische Intervention in Koalitionsregierungen durch parteipolitische Gegensätze zerrieben wurden und welche sonstigen politischen Faktoren für Koordinationschwierigkeiten relevant gewesen sind (etwa die mangelnde Homogenität der in einer Regierung vertretenen Auffassungen, die Stärke der parlamentarischen Opposition, koalitionspolitische Abmachungen u. a. m.). In diesem Zusammenhang werden auch die Möglichkeiten und Grenzen des Sachverständigenrates beleuchtet, in den gegebenen politischen Konfliktfeldern eine wirtschaftspolitische Beratung der politischen Entscheidungsträger auszuüben. Entsprechend der Weite des Koordinationsproblems werden die politischen Voraussetzungen und Schwierigkeiten einer stabilitätspolitischen Kooperation unterschiedlicher Regierungsparteien, der staatlichen Träger der Wirtschaftspolitik untereinander sowie dieser mit der unabhängigen Zentralbank und den autonomen Gruppen der Gesellschaft untersucht und in ihrer Bedeutung für Ziel- und Mittelbestimmung der Wirtschaftspolitik aufgezeigt. Dabei wird auch und insbesondere der Einfluß wahltaktischer Überlegungen der politischen Instanzen auf Entscheidung und Vollzug stabilitätspolitischer Maßnahmen hervorgehoben (so z. B. an Hand der Stabilitätsdiskussion des Wahljahres 1969), wie überhaupt die Abhängigkeit des wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Handlungsspielraumes einer Regierung durch die zeitliche Nähe von Parlamentswahlen sichtbar gemacht. Die Untersuchung kommt zu dem für ‚reine‘ Ökonomen wenig erfreulichen Ergebnis, daß die für eine rationale Wirtschaftspolitik notwendigen politischen Bedingungen in der Realität nur

ausnahmsweise gegeben sind. Mit ihrer politikwissenschaftlichen Orientierung stellt die Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur politischen Ökonomie dar; ihr Untersuchungsobjekt, der Zusammenhang zwischen politischen Entscheidungsprozessen und der Wirksamkeit stabilitätspolitischer Maßnahmen, stellt ein zentrales Problem dar — gleichermaßen für die theoretische wie für die praktische Wirtschaftspolitik. Die Bemerkungen des Verfassers zum interdisziplinären Charakter dieses Problems können nur unterstrichen werden. In der Tat kann der Vielschichtigkeit des Entscheidungsproblems für die wirtschaftliche Prozeßsteuerung nur durch eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (vor allem Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft und politische Soziologie) Rechnung getragen werden.

Dieter Tiegel, Bonn

Erich Hoppmann (Hrsg.): *Konzertierte Aktion — Kritische Beiträge zu einem Experiment*. Frankfurt/Main 1971. Athenäum Verlag. 381 S.

Herrmann Adam: *Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik*. Köln 1972. Bund-Verlag. 107 S.

Der von *Erich Hoppmann* herausgegebene Sammelband enthält Beiträge von zwölf Autoren, die sich mit folgenden Problemkreisen befassen: *Konzertierte Aktion und Verfassungsordnung* (*Rupp*); *Zur Funktion der Konzertierten Aktion* (*Tuchtfeldt*, *Pohmer* und *Göckeler*); *Konzertierte Aktion und Globalsteuerung* (*Heuss*, *Woll* und *Dürr*); *Verbände und Konzertierte Aktion* (*Werner*, *Watrin* und *Koppensteiner*) sowie *Konzertierte Aktion und marktwirtschaftliche Ordnung* (*Hoppmann* und *Kaufer*).

Die genannten Autoren untersuchen aus verfassungs- und wirtschaftsrechtlicher, ordnungs- und konjunkturpolitischer sowie wirtschaftstheoretischer Sicht Notwendigkeit und Eignung der Konzertierten Aktion als konjunkturpolitisches Instrument. Sie konstatieren das bisherige Versagen der Konzertierten Aktion und verneinen überwiegend die Notwendigkeit eines zusätzlichen konjunkturpolitischen Instruments; vielmehr würden sich als Alternativen eine regelgebundene oder potentialorientierte Geldpolitik (bei flexiblen Wechselkursen) sowie wettbewerbspolitische Maßnahmen zur Reduktion oder Beseitigung von wirtschaftlicher Macht anbieten.

Bejahe man dagegen die Notwendigkeit eines zusätzlichen konjunkturpolitischen Parameters, so erhebe sich die Frage der Eignung. Wolle man die Konzertierte Aktion effizient machen, so würde das zu einem Abbau der Tarifautonomie und der Schaffung eines Bundeswirtschaftsrates führen, was nach Ansicht der meisten Autoren weder verfassungs- noch ordnungskonform und zudem wirtschaftspolitisch nicht zieladäquat wäre.

Wenngleich ein allgemeiner Konsensus hinsichtlich des bisherigen Versagens der Konzertierten Aktion bestehen dürfte, so begegnen die Thesen hinsichtlich der mangelnden Verfassungs- und Ordnungskonformität sowie wirtschaftspolitischer Zieladäquanzen doch gewissen Zweifeln. Daß eine Beschränkung der Tarifautonomie dann verfassungsrechtlich zulässig ist, wenn der Freiheitsbereich Dritter unangemessen eingeschränkt wird, ist doch wohl

überwiegend akzeptiert. Die Schaffung eines Bundeswirtschaftsrates könnte die bisherigen Mißstände unserer Lobbywirtschaft lediglich verbessern, indem sie den Lobbyismus zwar nicht beseitigt, aber doch transparent und damit der öffentlichen Kontrolle zugänglich macht. Auch ist mittel- und langfristig durchaus ein Einfluß auf die wirtschaftliche Verhaltensweise der an der Konzertierte Aktion beteiligten Wirtschaftsverbände denkbar (*Watrin*), und zwar einerseits durch eine verbesserte Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, andererseits durch eine Politik des „do ut des“.

Herrmann *Adam* stellt in seiner Studie einleitend die Auffassungen des Sachverständigenrates, der Regierung sowie der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zur Konzertierte Aktion und deren jeweilige gesellschaftstheoretische Implikationen dar. Anschließend werden Modell und Realität der Konzertierte Aktion konfrontiert. Abschließend werden die ordnungspolitischen, einkommenstheoretischen und strukturellen Probleme der Konzertierte Aktion dargestellt und die Ursachen ihres geringen Erfolges zu erklären versucht.

Adam kommt zu dem Ergebnis, daß die ursprünglich geplante Verhaltensbeeinflussung gescheitert ist; die Konzertierte Aktion stelle nur ein Informationsgremium dar. Ursächlich für die geringe Funktionsfähigkeit seien politisch-soziale Faktoren (S. 92 f.): „Die ‚kollektive‘ Vernunft, an die Schiller glaubte, d. h. ein latenter, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg bestehender, mobilisierbarer Elitenkonsensus, ist nicht vorhanden. Angesichts des Interessengegensatzes zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften muß der Versuch ... eine(r) Verhaltensänderung ... konflikttheoretisch als naiv erscheinen.“ Adam weist abschließend darauf hin, daß eine brauchbare Alternative zur Globalsteuerung und Konzertierte Aktion gegenwärtig noch nicht in Sicht ist. Zur Bekämpfung der Stagflation müßten daher neue Instrumente entwickelt werden, die das gegenwärtige unvollkommene System der Globalsteuerung ergänzen.

Ingo Schmidt, Berlin

Tilman Winter: Handlungs- und Wirkungsverzögerungen in der Wirtschaftspolitik, Versuch einer ökonomisch-politischen Analyse. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 154 S.

In dieser Schrift werden die Möglichkeiten einer Rationalisierung der Wirtschaftspolitik in zeitlicher Sicht untersucht. Im ersten Teil beschäftigt sich der Verfasser mit dem Begriff Rationalität und der Frage der Realisierbarkeit rationaler Wirtschaftspolitik. Im zweiten Teil werden die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Ursachen und die Folgen zeitlicher Verzögerungen behandelt. Dabei arbeitet der Verfasser die Unterschiede zwischen den wirtschaftspolitischen Kernverzögerungen im Bereich der Wirtschaftspolitik (inside-lag) und im Bereich der auf die Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Instanzen reagierenden Wirtschaftssubjekte (outside-lag) und den gesellschaftspolitischen Rahmenverzögerungen heraus. Bei den letzteren unterscheidet der Verfasser zwischen Verzögerungen ideologisch-politischer Natur (wissenschaftliche Erkenntnisse müssen erst ideologische Barrieren überwinden, ehe sie von den Politikern aufgenommen werden) und „Bewußtseinsverzögerungen“.

rungen der breiten Masse“ infolge fehlender Einsicht in die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und ideologischer Manipulierung.

Als Ergebnis schreibt der Verfasser, über die Länge der *time lags* lasse sich keine exakte Aussage machen, auch nicht darüber, ob die Wirkungsverzögerungen bei der Geld- oder der Fiskalpolitik größer seien. Dem kann man zustimmen; es ist allerdings sehr die Frage, ob die Mindestreserve- und die Offenmarktpolitik die ökonomischen Größen kurzfristig nur oberflächlich betreffen (S. 60); eine „Tatsache“ kann der Rezensent darin nicht sehen.

Besondere Zeitprobleme ergeben sich im Zusammenhang mit der Situationsanalyse, der Eingriffsentscheidung, der Planung der Maßnahmen in bezug auf institutionelle Hemmnisse und natürlich bei der Durchführung beschlossener Maßnahmen. Zur Veranschaulichung wird auf Erfahrungen in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht; dabei verweist Winter zum Beleg immer wieder auf Zeitungsartikel, oft ungenannter Autoren, vorzugsweise der Süddeutschen Zeitung. Das Urteil des Verfassers, die währungspolitischen Entscheidungen der Regierung im Jahre 1969 trügen „ausgesprochen wahltaktische Züge“ (S. 98), erscheint dem Rezensenten insgesamt zu einseitig und bedarf insbesondere auch nach den jüngsten Erfahrungen wohl einiger Korrekturen.

Im dritten Teil wird versucht, die Einzelprobleme und Einzelergebnisse zusammenzufassen und Lösungswege anzubieten. Winter kommt zu dem Ergebnis, daß es eine vollkommene Rationalisierung der Wirtschaftspolitik in zeitlicher und sachlicher Hinsicht niemals geben wird. Er plädiert für eine Strategie der kleinen Schritte, wobei er der Methode des „Durchwurstelns“ von Ch. E. Lindblom folgt, und für eine Intensivierung des gesellschaftlichen Lernprozesses durch eine Reform des gegenwärtigen Bildungs- und Erziehungssystems.

Zu beachten ist der sehr klein gedruckte Untertitel des Buches von Winter. Es handelt sich hier nicht um eine empirische Analyse der Wirkungsverzögerungen in dem Sinne, daß der Verfasser eigene Schätzungen vorlegt. (Wohl werden die bekannten empirischen Ergebnisse über Wirkungsverzögerungen im Zusammenhang mit der Geldpolitik angeführt.) Es handelt sich vielmehr um den „Versuch einer ökonomisch-politischen Analyse“. Diese Schrift stellt einen interessanten Beitrag dar zur Frage der Zeitprobleme rationaler Wirtschaftspolitik, die sich dadurch von ähnlichen Untersuchungen unterscheidet, daß hier nicht nur die Wirkungen zeitlicher Verzögerungen dargestellt werden, sondern auch ihre Ursachen.

Vincenz Timmermann, Hamburg

Gerhard Himmelmann: Lohnbildung durch Kollektivverhandlungen. Eine politologische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Strategie und Taktik der Gewerkschaften. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 240 S.

Himmelmann stellt sich die Aufgabe, die Lohnbildung im Rahmen der Tarifverhandlungen und die Rolle der Gewerkschaften innerhalb dieses Systems zu untersuchen. Angesichts des in jüngster Zeit wiederholt beklagten Mangels an empirischer Fundierung der traditionellen Lohn- und Verteilungstheorien bemüht sich der Verfasser um einen politologischen Ansatz. Dabei geht es Himmelmann vor allem darum, die demokratischen und gesellschaftspoliti-

schen Grundlagen der Lohnbildung aufzuzeigen und darzulegen, wie das kollektive Tarifvertragssystem in der BRD in den strategisch-taktischen Verhaltensrahmen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eingebettet ist.

Das Thema wird in fünf Kapiteln abgehandelt. In einem ersten Kapitel werden die wichtigsten Eigenschaften des Tarifvertragssystems in der BRD herausgearbeitet. So macht der Verfasser vor allem auf die demokratischen Elemente dieses Systems, auf die Bedeutung der Tarifautonomie, auf die Rolle des Staates bei der Garantierung dieser Autonomie und schließlich auf die Bedeutung des Arbeitskampfes für das Zustandekommen der Verhandlungsabschlüsse aufmerksam. In einem zweiten Kapitel folgt eine kritische Auseinandersetzung mit einigen wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen. Himmelmann beschränkt sich hierbei im wesentlichen auf eine kurze Skizzierung der Kreislauftheorie, um dann sehr schnell auf die wichtigsten lohnpolitischen Konzeptionen, wie Produktivitätslohn, kostenniveauneutrale Lohnpolitik, Lohnleitlinien und Orientierungsdaten im Rahmen der Konzierten Aktion einzugehen. Der Verfasser glaubt hierbei zu dem Ergebnis kommen zu können, daß die zugrunde liegenden Sachzusammenhänge zu kompliziert seien, als daß man in einer reinen Theorie eindeutige Aussagen machen könne. Mit *Bombach* sieht er jedoch die größeren Schwierigkeiten einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik und der anderen zur Diskussion gestellten lohnpolitischen Konzeptionen in ihrer geringen politischen Realisierbarkeit. Wenn man auch zugeben muß, daß Himmelmann im Rahmen dieses zweiten Kapitels mit Recht auf einige gravierende Mängel der traditionellen Verteilungstheorie aufmerksam macht, kann ihm der Rezensent keinesfalls in allen kritischen Anmerkungen dieses Kapitels folgen. Insgesamt wird gerade in diesem Kapitel die Kritik an einzelnen Theorien, die Hypothesen über Sachzusammenhänge aufstellen und die nur durch Konfrontation mit empirischen Tests überprüft werden können, zu sehr mit der Kritik an Wertprämissen und lohnpolitischen Konzeptionen vermengt.

Das dritte Kapitel wendet sich einem der Hauptakteure der Tarifverhandlungen, den Gewerkschaften, und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zu. Zunächst wird eine kurze Charakterisierung der Gewerkschaften in der BRD gegeben und vor allem auf die Merkmale eingegangen, in denen sich die DGB-Gewerkschaften von Arbeitnehmerorganisationen im Ausland unterscheiden. Weiterhin folgt ein Abschnitt über die wichtigsten Orientierungsgrößen und ein weiterer über den Wandel der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik. In diesem Abschnitt wird vor allem auf die zunehmende Versachlichung der Lohnverhandlungen seit Bestehen des Sachverständigenrates und der Konzierten Aktion hingewiesen, weiterhin wird auf den Versuch der Gewerkschaften aufmerksam gemacht, die Lohnpolitik durch Sozial- und Vermögenspolitik zu erweitern, und schließlich auf die Zentralisierungstendenzen, die sich in den letzten Jahren bemerkbar machten. Das dritte Kapitel schließt mit einem Abschnitt über die wichtigsten am lohnpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beteiligten gewerkschaftlichen Organe.

Das nun folgende vierte Kapitel ist mit Strategie und Taktik bei Tarifverhandlungen umschrieben und bringt eine sehr ausführliche und äußerst wertvolle Analyse des bargaining-Prozesses. Der Verfasser stützt sich hierbei auf

eine Reihe von Interviews, die er mit Verhandlungspraktikern beider Seiten durchführen konnte. Gleichzeitig hatte er Gelegenheit, an einem simulierten Planspiel teilzunehmen, das die BDA 1969 in Berlin veranstaltet hatte. Die Verarbeitung der ausländischen, vor allem der amerikanischen Literatur gestattete es dem Verfasser, hierbei zugleich die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede in den bargaining-Prozessen im In- und Ausland aufzuzeigen. Vor allem verdienstvoll ist der Abschnitt V dieses Kapitels, der eine detaillierte Darstellung der einzelnen Verhandlungsphasen und der auf den einzelnen Verhandlungsstufen angewandten Taktiken bringt. Himmelmann unterscheidet hierbei zwischen sechs Verhandlungsphasen: Die erste Verhandlungsphase bringt die Konfrontation der Standpunkte auf den äußersten Linien, wobei die Verhandlungspartner ihre Positionen mit volkswirtschaftlichen Argumenten zu belegen versuchen. Es folgt die zweite Phase, die den Detailberatungen dient. Die dritte Phase bringt zwar immer noch keine Entscheidung; beide Seiten bemühen sich jedoch, ihre Essentials, auf die keinesfalls verzichtet werden soll, herauszustellen. Die vierte Phase ist durch den Übergang von der großen zur kleinen Tarifkommission gekennzeichnet; in ihr finden die eigentlichen Kompromisse statt; in der Regel leitet auch diese Phase bereits die Einigung ein. Wird die Einigung jedoch auf dieser Stufe nicht möglich, so kommt es in einer fünften Phase zu einer Entscheidungskrise, in der das Verhandlungsklima besonders angespannt und nervenaufreibend wird. Es bedarf deshalb einer sechsten Phase der Einigung, die oftmals nur noch durch Hinzuziehung eines Vermittlers oder Schlichters erreicht werden kann.

Im letzten, fünften Kapitel stellt sich der Verfasser zwei Fragen: Es wird untersucht, inwieweit im deutschen Tarifvertragssystem speziell friedliche Tarifabschlüsse gefördert oder behindert werden; es wird vor allem in diesem Zusammenhange der Frage nachgegangen, auf welche Faktoren es zurückzuführen ist, weshalb die BRD im internationalen Vergleich ein besonders niedriges Streikniveau aufweist. Das zweite Problem, das sich Himmelmann in diesem abschließenden Kapitel stellt, ist die Frage nach den Erfolgchancen der Gewerkschaftspolitik, die sich jedoch mangels eindeutiger Erfolgskriterien nur unbefriedigend beantworten läßt. Insgesamt bringt die Arbeit einen wertvollen Beitrag zur collective-bargaining-Theorie. Bernhard Külp, Freiburg

Jürgen Zerche: Lohnfindung durch Tarifverhandlungen. Neue Ansätze in der Collective-Bargaining-Forschung. Tübingen 1970. Elly Huth. 160 S.

Diese Arbeit befaßt sich mit dem Lohnfindungsprozeß in den Tarifverhandlungen. Dieser Themenkreis gewinnt gerade in jüngster Zeit wiederum an Aktualität im Zusammenhang mit den stabilitätspolitischen Bemühungen der Regierungen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß Preisniveausteigerungen nicht nur von Nachfragefaktoren, sondern auch von der Angebotsseite (also von Kostenfaktoren) her bedingt sein können. Es ist deshalb verständlich, wenn sich die Regierungen darum bemühen, durch einkommenspolitische Maßnahmen (Orientierungsdaten, Lohnleitlinien) das Wachstum der Nominallohnsätze zu beeinflussen. Die traditionelle Verteilungstheorie hat sich allerdings in diesem Zusammenhange auf die Frage beschränkt, wie sich Lohnsteigerungen auf das Preisniveau auswirken und wel-

che Lohnerhöhungen deshalb ohne Preisniveausteigerungen von einer Volkswirtschaft verkraftet werden können. Von gleicher Bedeutung ist jedoch die weitere Frage, auf welche Weise die Tarifpartner veranlaßt werden können, sich preisniveauneutral zu verhalten. Diese Frage kann nur bei Kenntnis der Bestimmungsgründe des Lohnfindungsprozesses geklärt werden, aber gerade dieser Problembereich ist Gegenstand der Collective-Bargaining-Theorien.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema (Teil A) schildert Zerche die institutionellen Merkmale des Arbeitsmarktes (Teil B). Es folgt eine kurze lehrgeschichtliche Darstellung einiger wichtiger Collective-Bargaining-Theorien (Teil C), wobei insbesondere die Theorien von *Hicks*, *Zeuthen*, *Pen* und *Shackles* dargestellt und kritisch besprochen werden. Das Hauptanliegen des Verfassers gilt jedoch dem Beitrag, den die Theorie der Spiele in diesem Zusammenhang geleistet hat. Teil D bringt zunächst einen Überblick über die Problematik und über einige Grundbegriffe der Spieltheorie. Es folgt eine ausführliche spieltheoretische Analyse des Bargaining-Problems anhand des von *Nash* entwickelten Ansatzes, wobei vor allem darauf hingewiesen wird, daß sich die Nash-Lösung für Schlichtungen und Vermittlungen eignet. Anhand eines konkreten Beispiels wird gezeigt, wie sich die von *Nash* entwickelten Theoreme auf eine konkrete Tarifverhandlung anwenden lassen. Teil F und G versuchen, eine Verbindung zwischen der Spieltheorie und den sonstigen Collective-Bargaining-Theorien herzustellen. So wird vor allem anhand der Beiträge von *Harsanyi* und *Bishop* nachgewiesen, daß das von *Hicks* und von *Zeuthen* entwickelte Modell mathematisch gesehen die gleiche Struktur aufweist wie das Modell von *Nash*, weiterhin wird gezeigt, daß die Nash-Lösung als Spezialfall angesehen werden kann, wenn man die von *Cross* in jüngster Zeit entwickelte dynamische Verhandlungstheorie zugrunde legt.

Es ist verdienstvoll, die spieltheoretische Variante der Collective-Bargaining-Theorien vorzustellen und kritisch zu diskutieren, da in der deutschsprachigen Fachliteratur gerade dieser Problembereich bisher viel zu wenig Beachtung fand. Es muß allerdings bezweifelt werden, ob die Spieltheorie, so wie sie von *Neumann/Morgenstern* entwickelt wurde und von *Nash* auf das Problem der Kollektivverhandlungen übertragen wurde, wirklich in der Lage ist, informativ-gehaltvolle Hypothesen über das Verhalten der Tarifpartner aufzustellen. Zumindest die Nash-Lösung bietet hierzu geringe Ansatzmöglichkeiten. Auch das von Zerche gewählte Beispiel kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das eigentliche Problem jeder Verhandlung, die Bewertung der einzelnen Alternativen, weitgehend ausgeklammert und als bereits bekannt vorausgesetzt wird.

Immerhin hat die Spieltheorie gerade in den letzten Jahren den Anstoß zu zahlreichen experimentellen Forschungen über das Verhalten in Verhandlungen gegeben (so sei etwa an die Arbeiten von *Siegel/Fouraker* oder von *Deutsch/Kraus* erinnert), so daß diesem spieltheoretischen Ansatz jedenfalls eine beachtliche lehrgeschichtliche Bedeutung zukommt. Die Arbeit kann deshalb jedem empfohlen werden, der sich einen ersten Zugang zu der Problematik der Collective-Bargaining-Forschung verschaffen möchte.

Bernhard Külp, Freiburg

Knut Schloenbach: Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957 - 1968. Eine Erweiterung des „Bonner Prognosemodells“. Meisenheim am Glan 1972. Anton Hain. 392 S.

Peter Zahn: Die Phillips-Relation für Deutschland. Eine lohn- und inflations-theoretische Untersuchung. Berlin, New York 1973. Walter de Gruyter. 259 S.

Beide Arbeiten geben einen umfassenden Überblick über die seit der originären Arbeit von *Phillips* unaufhaltsam anschwellende Flut empirischer Studien zur Phillips-Relation im engeren Sinne (Abhängigkeit des Lohnes vom Beschäftigungsgrad) und die ergänzenden „erweiterten“ Fassungen, die vom Beschäftigungsgrad bzw. dessen Veränderungsrate auf das Preisverhalten schließen und der Gewinn-Lohnbeziehung im Zeitablauf gewidmet sind.

Schloenbach war Mitarbeiter bei *Krelles* Bonner ökonometrischem Prognosemodell, in dessen erster publizierter Fassung (*Krelle u. a.*: Ein Prognose-system für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim 1969) der Geldlohnsatz noch als exogene Größe betrachtet wurde. *Schloenbach* will ihn nun endogenisieren, indem er ein Modell des Arbeitsmarktes, auf das seine ökonometrischen Studien gerichtet sind, in das inzwischen erweiterte Bonner Prognosesystem integriert. Vor den Überblick über empirische Studien zur Phillips-Relation stellt er seine umfangreiche Rückschau auf verteilungsbezogene lohntheoretische Ansätze. Existenzminimum-, Grenzproduktivitäts-, Macht- und kollektive Verhandlungstheorien werden beschrieben. Nach der kritischen Betrachtung vorliegender Studien zur Phillips-Relation, die er mit eigenen empirischen Überprüfungen abschließt, folgt eine umfassende vergleichende Darstellung ökonometrischer Prognosemodelle und deren Art der Erfassung der Lohnentwicklung. *Schloenbach* schließt sein Buch mit einem Makromodell für die Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung der BRD (3. Teil), das im vierten Teil in das Bonner Prognosemodell integriert wird. Im Mittelpunkt stehen die ökonometrischen Beiträge zur Phillips-Relation. *Schloenbach* findet deren Existenz bestätigt, hält sie aber unter langfristigem Aspekt für sehr instabil, „da Neigung und Niveau über einen längeren Zeitraum nicht konstant sind, sondern sich mit den jeweiligen Konjunkturphasen ändern (S. 119 ff.)“.

Zahns Studie ist ausschließlich der Phillips-Relation gewidmet. Wie *Schloenbach* gibt er einen umfassenden Überblick, bevor eigene Schätzfunktionen vorgestellt werden. Gegliedert hat er die Arbeit nach Ländern, für die Untersuchungen durchgeführt wurden, und — tiefer gehend — nach den Verfassern, die die Studien vorgelegt haben. Der Rezensent hätte sachliche Kriterien vorgezogen, die einen direkteren Vergleich der Untersuchungswege und der Ergebnisse zugelassen hätten.

Die eigene regressionsanalytische Untersuchung führt *Zahn* zu demselben Schluß wie *Schloenbach*: „Eine unveränderte und langfristig stabile Phillips-Funktion über den gesamten Beobachtungszeitraum besteht nicht“, für einzelne Phasen stellt er aber eine Abhängigkeit der Lohnsteigerungsrate vom

Beschäftigungsgrad fest (S. 198 f.). Zuweilen (1952 - 1961) sieht er auch die Gewinnentwicklung als bestimmend für den Lohnverlauf an. Den entscheidenden Faktor glaubt er (für die Jahre 1960 - 68) im Kapazitätsauslastungsgrad gefunden zu haben, betont aber stets die eingeschränkte Verwendbarkeit der Phillips-Hypothese als wirtschaftspolitisches Instrument.

Für alle empirischen Studien zur Phillips-Relation gemeinsam gilt: Sie können jeweils nur Reaktionsweisen der Vergangenheit beschreiben. Sie lassen keine zweifelsfreien Schlüsse auf die Zukunft zu. Die Machtverhältnisse innerhalb der Gewerkschaften können sich zugunsten der aggressiveren Basis verschieben; Arbeitgeber könnten sich unter dem Druck der Gewerkschaften zu entschlossenerem Widerstand gegen preistreibende Lohnforderungen zusammenfinden; die Regierung kann über Lohnleitlinien oder eine Begrenzung des Streikrechtes Einfluß zu nehmen versuchen; die Unternehmen können im Vertrauen auf die Vollbeschäftigungsgarantie Lohnsteigerungen gewähren, die anschließend überwältigt werden; längere Laufzeiten der Tarifverträge können Anpassungsverzögerungen bringen (von Zahn bei der Interpretation der Lohnentwicklung 1967 ff. unzureichend (S. 180) berücksichtigt; der Übergang zu flexibleren Wechselkursen kann den Druck nehmen, der von der Zahlungsbilanz auf ein stabilitätsgerechtes Lohn- und Preisverhalten ausgeht, um einige Argumente für eine mögliche Verschiebung der Phillips-Relation ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen. Jeder Ökonom sollte deshalb das Etikett beachten, das Rees und Hamilton (*The Wage-Price-Productivity Perplex*. J.P.E., 75 [1967], S. 70) geben: Unstable. Apply with extreme care.

Ulrich Teichmann, Frankfurt/Main

Karl-Heinz Hillmann: Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens. Stuttgart 1971. Ferdinand Enke. VIII, 148 S.

Dem Autor geht es um einen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Bewältigung der vielschichtigen Problematik des Konsumentenverhaltens in der modernen Wohlstandsgesellschaft, in der der Konsum in den Mittelpunkt des (individuellen) Strebens, Verhaltens und Erlebens gerückt ist. In den reichen Industrieländern haben sich die sozialen Probleme zunehmend vom Produktions- und Arbeitssektor in den Konsumsektor der Gesellschaft verlagert.

Einleitend kennzeichnet Hillmann die moderne Wohlstandsgesellschaft, wobei derartige dynamische Gesellschaften zunehmend beherrscht werden von weiter wachsenden Konsumansprüchen und steigenden Erwartungen, begleitet von einer zunehmenden Differenzierung der Konsumbedürfnisse und einer Anhebung des Anspruchsniveaus. Hillmann kennzeichnet auch den vielschichtigen Entwicklungsprozeß, der zu der Herausbildung der modernen Wohlstandsgesellschaft geführt hat. Infolge der gestiegenen Konsumfreiheit ist das Verhalten des Konsumenten immer komplexer und weniger leicht prognostizierbar geworden.

Bei der Darstellung des Konsumentenverhaltens arbeitet Hillmann gesondert den makroökonomischen Aspekt heraus, den wachsenden Einfluß des Verbrauchers auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auf den Konjunkturverlauf (*Katona*). Das erhöhte Marktrisiko des Unternehmers hat zur

Intensivierung der Markt- und Absatzforschung geführt, um einen Einblick in die Verbraucherwünsche und Motive zu gewinnen. Breitesten Raum nehmen die Fragen der sozialen Verflechtung des Konsumentenverhaltens ein, die soziale Prägung der Bedürfnisse und der Konsumantriebe sowie die enge Verbundenheit des Konsumenten mit seiner soziokulturellen Umwelt. Neben den spezifisch ökonomischen Bestimmungsfaktoren auf das Verbraucherverhalten arbeitet der Verfasser insbesondere den Einfluß wirtschaftspsychologischer Momente heraus, von Einstellungen, Erwartungen, optimistischen bzw. pessimistischen Stimmungen u. a. m., ergänzt um individualpsychologisch und psychopathologisch relevante Gegebenheiten. Im Anschluß an die Rollenbestimmung des Verbraucherverhaltens, die möglichen Rollenkonflikte u. ä. m. wird der Einfluß der eigenen sozialen Gruppe, die Vorbildwirkung der höheren Einkommensschichten sowie von Konsumptionieren herausgestellt.

Eine derartige rollenanalytische Betrachtung erleichtert das Verständnis für das Zustandekommen des Verbraucherverhaltens vornehmlich in einem Zeitalter der „Außenlenkung“, zeigt seine „permanente Anpassung“ an sein sich rasch wandelndes Sozialmilieu in Form eines laufenden Sozialisations- und Enkulturationsprozesses, der heute fast das ganze Leben eines Menschen nährt und damit sein Verhalten weitgehend durch die Werte und Normen bestimmter Gruppen determiniert.

Abschließend wagt Hillmann eine Prognose, die allerdings aus seiner Analyse nicht abgeleitet werden kann, daß bei einer weiteren Zunahme der Kaufkraft das „Streben nach einer autonomen Daseinsgestaltung und nach einem individuellen Lebensstil“ sich durchsetzen würde, auf Kosten des geltungsbetonten Konsums. Diese „Hoffnung“, abgeleitet aus dem Ideal einer weitgehend autonomen Lebensgestaltung, erscheint nur realisierbar mit Hilfe einer verstärkten Konsumentenerziehung und -beratung. Die Erziehung zum kritischen und autonomen Konsumenten ist als eine vordringliche Bildungsaufgabe zu sehen, die u. E. bereits in der Schule beginnen sollte.

Dem Verfasser ist es zweifellos gelungen, mit seiner wissenschaftlich fundierten, die Erkenntnisse der Nachbardisziplinen mitverarbeitenden Darstellung einen anregenden Überblick über die aktuellen Probleme des Konsumentenverhaltens in einer Wohlstandsgesellschaft aus der Sicht des Soziologen zu geben. Die kritischen Anmerkungen am Schluß des Buches mit den weiterführenden Literaturhinweisen sowie das reichhaltige Literaturverzeichnis weisen dem interessierten Leser den Weg für eine weitere Vertiefung des hier angeschnittenen aktuellen Fragenkomplexes.

Helga Schmucker, Gießen

Jens Naumann (Hrsg.): *Forschungsökonomie und Forschungspolitik — ausgewählte amerikanische Beiträge. Texte und Dokumente zur Bildungsforschung.* Stuttgart 1970. Ernst Klett. 484 S.

Dieser Band ist der zweite in einer Reihe von Sammelbänden, die in der Form der Readings wichtige, insbesondere fremdsprachige Arbeiten dem deutschen Leser nahebringen sollen.

Ein besonderer Vorzug des Buches liegt in einem als „Allgemeine Arbeitshinweise“ vorangestellten Kapitel. Hier gibt Naumann in Teil A Hinweise

auf Bibliographien und andere Hilfsmittel, die dem Leser den Zugang zu fremdsprachigen Veröffentlichungen erleichtern. Dies ist gerade bei diesem Thema wichtig, da hier den fremdsprachigen, insbesondere angelsächsischen Publikationen eine große Bedeutung zukommt, die darüber hinaus manchmal schwer zugänglich sind. Die Teile B und C enthalten Biographien ausgewählter deutschsprachiger, nach 1960 erschienener Beiträge über die Themen Forschungsökonomie, Forschungsstatistik, Forschungssoziologie und Forschungspolitik.

Der Hauptteil wird in fünf Abschnitte unterteilt. Das Kapitel „Forschung und Wissenschaft — Ein deskriptiver Überblick“ befaßt sich vor allem mit der Herkunft und der Verwendung von Forschungsmitteln in verschiedenen Ländern. Auszüge aus dem Bundesbericht Forschung II der Bundesregierung enthalten Zahlenmaterial über die F & E-Aktivitäten in der BRD. Helmut *Krauch* vergleicht im Anschluß daran „Umfang und Förderungsmethoden der technischen Entwicklung im europäischen Ausland und in den USA“; u. a. erstellt er eine Liste technischer Projekte, die für eine Forschungs- und Entwicklungsförderung in der BRD in Frage kommen. In einem Nachtrag betont Reinhard *Coenen* unter anderem, daß in den USA der Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in den industriellen Bereich dadurch erleichtert wird, daß staatliche F & E-Programme meist von Industrieunternehmen durchgeführt werden; darüber hinaus gibt er eine Klassifikation von Forschungsförderungsmethoden.

Die übrigen Abschnitte enthalten ausschließlich Übersetzungen angelsächsischer Beiträge. Im Abschnitt „Ökonomisch-theoretische Analysen der Forschungsproblematik“ dominieren theoretische Überlegungen über den Zusammenhang zwischen Forschungsinput und -output, wobei sich die Grenzen der Anwendbarkeit der neoklassischen Theorie zeigen. Ein Beitrag von *Nelson* (aus dem Jahre 1959) behandelt die Frage, wieviel für die Grundlagenforschung ausgegeben werden soll. Während ein Aufsatz von *Arrow* (1962) sich ebenfalls der optimalen Allokation im Forschungsbereich widmet, erörtern *Intriligator* und *Bruce Smith* (1966) Fragen der optimalen Aufteilung des Wissenschaftsaufwandes auf Forschung und Lehre. *Fritsch*, *Krauch* und *Tybout* liefern einen Beitrag zur Klassifikation gesamtwirtschaftlicher Kosten und Erträge von Forschung und Entwicklung.

Der Abschnitt „Empirische Analysen: Die Suche nach Output-Maßen“ enthält einen Aufsatz von *Machlup* (1962) mit der provozierenden Feststellung, daß bisher der Nachweis nicht geführt sei, daß das Patentsystem „einen wichtigen oder sogar den wichtigsten Faktor für den technologischen und ökonomischen Fortschritt darstellt“. Beiträge von *Schmookler*, *Brownlee* und *Dennison*, ebenfalls aus dem Jahre 1962, behandeln den Einfluß des technischen Wissensstandes und der F & E-Ausgaben auf das Wirtschaftswachstum.

Dieses Thema wird im folgenden Abschnitt „Empirische Analysen: Ökonomische Ertragsberechnungen“ vertieft. Dabei fehlt auch nicht *Griliches'* Fallstudie einer Kosten-Ertrags-Analyse für die Entwicklung von Maishybriden (1958). Eine weitere Arbeit von *Griliches* (1964) folgt, in der eine landwirtschaftliche Produktionsfunktion unter Berücksichtigung der Produktionsfaktoren Forschungsausgaben und Ausbildungsstand der ländlichen Erwerbsbevölkerung entwickelt wird. Es folgen Beiträge von *Comanor* (1965) über den

Zusammenhang von Unternehmensgröße und technischem Fortschritt in der pharmazeutischen Industrie, von *Minasian* (1962) über die Abhängigkeit von Produktivität und Gewinn der chemischen Industrie von deren F & E-Ausgaben sowie von *Mansfield* (1965), der die Grenzerträge der F & E-Ausgaben in verschiedenen Branchen untersucht.

Der letzte Abschnitt befaßt sich mit den „Probleme(n) forschungspolitischer Entscheidungsfindung — Grenzen und Möglichkeiten der Verallgemeinerung der ökonomischen Rationalität“. Auch hier werden Aufsätze abgedruckt, die zur „klassischen Literatur der Forschungsökonomie zählen. *Rubensteins* Beitrag (1964) behandelt Fragen der Forschungsorganisation. *Churchman* und *Schainblatt* (1965) erörtern die Beziehungen zwischen Management und Forschern. *Marshall* und *Meckling* (1962) untersuchen anhand von Projekten aus dem Bereich der Waffensysteme die Prognostizierbarkeit von Kosten, Dauer und Erfolg von Entwicklungsvorhaben. *Scherer* (1965) widmet sich Problemen der Messung der Erträge staatlicher F & E-Programme sowie der Zeit-Kosten-Substitution. In dem Beitrag von *Bruce Smith* (1966) wird zum Abschluß ein Überblick über die angelsächsische wissenschaftspolitische Literatur gegeben.

Die Beiträge liefern insgesamt einen repräsentativen Querschnitt der heterogenen Problematik von Forschungsökonomie und Forschungspolitik. Auch der in diesem Problemkreis bewanderte Leser wird die eingangs erwähnten Bibliographien im ersten Teil des Buches sehr zu schätzen wissen.

Joachim F. Reuter, Mülheim (Ruhr)

Matthijs van den Adel: Geldentwertung und monetäre Stabilisierungspolitik. Eine ökonomische Studie für die BRD. Berlin 1973. Duncker & Humblot. 188 S.

Das Reizwort „Geldentwertung“, das im Titel dieser Untersuchung erscheint, hat möglicherweise hohen Aufmerksamkeitswert, erscheint aber im Verhältnis zum Sachverhalt des Buches wie ein unerlaubtes understatement. Denn dem Verfasser geht es darum, in einer literarisch gut fundierten Analyse Möglichkeiten und Grenzen einer ausschließlich geldmarktorientierten Stabilitätspolitik aufzuzeigen. Zu diesem Zweck werden die in der nationalökonomischen Theorie eingeführten Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus danach abgefragt, welche Bedeutung ihnen für Geldnachfrage und -angebot zuzumessen ist. Und es wird ein ökonomisches Modell entworfen, mit welchem Geldnachfrage, Änderung des Preisniveaus und Geldangebot analysiert werden können.

Im Zuge der ausführlichen theoretischen Überlegungen, die zum Aufbau des multikausalen Erklärungsmodells für die Prozesse am Geldmarkt führen sollen, stützt sich der Verfasser auf ein tragfähiges Fundament aus dem geldtheoretischen Schrifttum. Insbesondere sichert er eigene Denkansätze über die komplizierten Zusammenhänge der Geldmarktmechanismen und die Ergebnisse zahlreicher einschlägiger amerikanischer Untersuchungen. Er stellt diese, wie auch den Inhalt neuerer deutschsprachiger Publikationen, in klarer Diktion und übersichtlicher Gliederung seinen Überlegungen voran.

Zur empirischen (ökonomischen) Überprüfung der solcherart entwickelten Hypothesen bedient sich der Verfasser des für derartige Untersuchungen gebräuchlichen regressions-analytischen Instrumentariums. Offensichtlich in Anlehnung an amerikanische Autoren verwendet er dabei allerdings einzelne Reihen aus der deutschen amtlichen Wirtschaftsstatistik, die ihrem Aussagegehalt nach nicht dem Konzept seines Modells entsprechen. So lassen beispielsweise die Ausführungen über die Wahl eines konzeptgerechten Preisindex jegliche Kenntnis über die kategorialen Voraussetzungen der Preisstatistik in der BRD vermissen. Auch die „Ableitung der abhängigen Variablen Volkseinkommen... aus dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen“, für welche die Zahlen nicht einmal aus den originären Publikationen des Statistischen Bundesamtes, sondern aus denen des DIW entnommen werden, folgt offensichtlich amerikanischem Vorbild; die spezifischen Berechnungskonzepte der westdeutschen gesamtwirtschaftlichen Statistiken würden die Verwendung anderer Zahlen nahegelegt haben.

Dessen ungeachtet gelingt es dem Verfasser, auch mit diesen und anderen Verzerrungen im Datenmaterial, den Nachweis zu führen, daß ein auf den Geldmarkt begrenzter Beitrag der Zentralbank zur Geldwertstabilität nicht ausreichen kann, inflatorische Erscheinungen zu erklären oder gar zu messen. Nach Auffassung von den Adels müßte eine Verbindung zwischen güterwirtschaftlichem und Zahlungskreislauf hergestellt werden. Und damit greift er auf das vor 45 Jahren von *Wagemann* in der „Konjunkturlehre“ entwickelte Modell dieser beiden einander überschneidenden Kreislaufsysteme zurück.

Tatsächlich gelingt es dem Autor, in seinen Hypothesen und der empirischen Überprüfung diese Verbindung zwischen den beiden Zirkulationssystemen mittels der von ihm definierten Bestimmungsfaktoren von Geldangebot und -nachfrage herzustellen. Einleuchtend wird dargelegt, daß eine „Beherrschung“ des Geldmarktes seitens der Bundesbank allenfalls zu einer „modifizierten“ Geldpolitik führt, solange das geldpolitische Instrumentarium im wesentlichen auf die Kontrolle der Bankenliquidität und auf die Zinspolitik beschränkt bleibt und solange die geldmarktkonformen Instrumente der Zentralbank, die ohnehin nicht sehr elastisch sind, im wesentlichen reaktiv auf das Verhalten der unternehmerischen Wirtschaft und insbesondere der Kreditinstitute eingesetzt werden.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen-Nürnberg

Manfred Willms: Zinstheoretische Grundlagen der Geldpolitik. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 112 S.

Willms ist einer der führenden deutschen Monetaristen. Seine Beratertätigkeit an der Federal Reserve Bank of St. Louis, eine der monetaristischen Hochburgen in den USA, hat ihn zwangsläufig in einen engen fachlichen Kontakt mit bekannten amerikanischen Vertretern der modernen Quantitätstheorie kommen lassen. Und so überrascht es nicht, daß auch diese Veröffentlichung von Willms ganz von monetaristischen Anschauungen geprägt ist. Sein Buch ist ein weiterer und u. E. notwendiger Versuch, das Anliegen des Monetarismus auch in Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen,

selbst auf die Gefahr hin, daß — wie es *H. G. Johnson* kürzlich einmal (verfrüht?) voraussagte — die monetaristische Konterrevolution „im Sande verlaufen“ wird.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das zentrale Problem der monetären Stabilisierungstheorie und -politik: Wie werden geldpolitische Impulse auf realwirtschaftliche Variable übertragen? Der Titel des Buches gibt darauf schon indirekt eine Antwort: Die Geldpolitik muß zinstheoretisch fundiert werden, dies aber nicht — wie bislang allgemein üblich — durch Orientierung an einigen wenigen (statistisch leicht erfaßbaren) finanziellen Zinssätzen. Diese haben, wie Willms zu Recht betont, als vermeintliche Indikatoren der Geldpolitik schon viel zu lange wegen der nicht erfolgten Trennung von Liquiditäts-, Einkommens- und Preiserwartungseffekten die Stabilisierungsbemühungen fehlgeleitet.

Grundlage des geldpolitischen Transmissionsmechanismus müßte vielmehr — und hier folgt Willms dem originären *Keynesschen* Denkansatz sowie den prinzipiell damit übereinstimmenden Ansätzen der Portfolio- und Neoquantitätstheoretiker — die relative Preistheorie sein. Das setzt die Einbeziehung eines wesentlich breiteren Spektrums an Zinssätzen für finanzielles und reales Vermögen voraus (einschl. der spezifischen, häufig nur implizit feststellbaren Ertragssätze für die Geldhaltung, für Konsumgüter und „human capital“). Das aber wiederum setzt die Kenntnis mikroökonomischer bzw. „sektoraler“ Verhaltensweisen voraus und deren Verknüpfung mit der Makroanalyse.

Der Aufbau des Buches folgt der so skizzierten Problemstellung und Zielsetzung konsequent: In übersichtlicher Weise wird zunächst Licht in das vielen als dunkel erscheinende System von Hypothesen der verschiedenen Transmissionstheorien gebracht. Dabei wird der Leser die von Willms herausgearbeiteten, zwischen ihnen bestehenden zahlreichen Verbindungslinien dankbar begrüßen. Den größten Raum des Buches nimmt der Versuch ein, mikroökonomische bzw. sektorale (Haushalte, Produktionsunternehmungen, Geschäftsbanken) Vermögensangebots- und Vermögensnachfragefunktionen abzuleiten. Jeder dieser Sektoren strebt nach einer optimalen Struktur der Aktiva und Passiva seiner Vermögensbilanz. Die Lösung dieser Optimierungsprobleme erfolgt formal elegant, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie starken Restriktionen unterliegt (z. B.: Folgt der Vermögensnutzen einer quadratischen Funktion? Problem der Beschränkung auf Ein-Perioden-Modelle). Auf der Basis dieser sektoralen Vermögensangebots-/Vermögensnachfragefunktionen wird dann im nächsten Schritt ein makroökonomisches Transmissionsmodell der Geldpolitik abgeleitet, das die verschiedenen Vermögensmärkte umfaßt (Realkapital, Depositen, staatliche Wertpapiere, Kredite und Zentralbankgeld).

Schmal ist der Raum (drei Seiten), der den Implikationen der theoretischen Untersuchungen für die praktische Geldpolitik gewidmet ist. Hatte Willms noch zu Beginn (S. 34) festgestellt: „Die theoretische Analyse des Transmissionsmechanismus der modernen Quantitätstheoretiker bewegt sich auf hohem Abstraktionsniveau. Die Modelle sind jedoch sehr realitätsnah (sic!) . . .“ —, so gibt er später (S. 109) resignierend zu, daß es „fast unmöglich (ist), Informationen über den tatsächlichen Ertragssatz auf Realkapital zu erhalten. Damit läßt

sich empirisch kaum eine Aussage über die Veränderung der Zinsstruktur und die Wirkung der Geldpolitik machen.“ Frage: Wer erklärt diesen Widerspruch?

So kehrt Willms — getreu monetaristischer Tradition — in den letzten Sätzen seines Buches zur Geldbasis, zur Geldmenge als dem zuverlässigeren Indikator der Geldpolitik wieder zurück. Das Problem ist nur, daß dabei jener empirisch eigentlich zu testende Transmissionsmechanismus monetärer Impulse gemäß der relativen Preistheorie quasi „auf der Strecke“ bleibt.

Trotzdem: Eine höchst anregende, lesenswerte Arbeit.

Dieter Duwendag, Speyer

Hans-Eckart Scharrer: Portfolio-Kapitalexport und Zahlungsbilanz. Hamburg 1970. Verlag Weltarchiv. 242 S.

Der Verfasser beschreibt und systematisiert in seiner verdienstvollen Untersuchung einige neuere Methoden der Zahlungsbilanzanalyse, soweit sie für Wertpapiertransaktionen relevant sind. Nach einem Rückblick auf die traditionelle Transfertheorie wird zunächst der sogenannte „transaktionsbezogene Ansatz“ dargestellt. Dieser unterscheidet sich von der Transfertheorie einmal durch eine größere Wirklichkeitsnähe, da neben dem Anleihevolumen auch Emissionskosten, Disagio, Provisionen und Steuern sowie die Tilgungsmodalitäten auf ihre Zahlungsbilanzwirkung hin untersucht werden. Andererseits wird jede Verknüpfung mit makroökonomischen Variablen vermieden. Man begnügt sich vielmehr damit, mit den Methoden der Finanzmathematik und unter verschiedenen Annahmen bezüglich der weiteren Entwicklung des Investitionsvolumens gewisse Kennziffern, wie Devisenrücklaufzeit und Devisenverzinsung zu ermitteln.

Beziehen sich diese Untersuchungen auf liquide oder reserveunabhängige Länder, welche im Falle eines Zahlungsbilanzüberschusses Währungsreserven akkumulieren bzw. bei einem Zahlungsbilanzdefizit Währungsreserven abbauen, ohne weitere Restriktionsmaßnahmen zu ergreifen, so sind bei einem Kapitalexport in reserveabhängige Länder zusätzliche Exporte zu berücksichtigen. Als reserveabhängig gelten dabei jene Länder, deren Importe mit Hilfe der Devisenbewirtschaftung am Umfang der Devisenzuflüsse ausgerichtet werden und die deshalb auf einen Kapitalimport mit einer Erweiterung der Warenimporte reagieren. Mittels einer Ausgabenmatrix der einzelnen Länder lassen sich auch solche Zusatzexporte berücksichtigen, welche durch den Dreiecksverkehr induziert werden.

Die Vernachlässigung von Fernwirkungen, wie Multiplikator- und Preiseffekten, dient in erster Linie der Erleichterung empirischer Untersuchungen und scheint sich in dieser Hinsicht auch bewährt zu haben. Andererseits ist die Unterscheidung zwischen reserveabhängigen und -unabhängigen Ländern wohl mehr gradueller als grundsätzlicher Natur, denn auch jene Länder, die hier als reserveunabhängig klassifiziert werden, müssen früher oder später Reaktionen auf Zahlungsbilanzüberschüsse oder -defizite zeigen. Der Transfermechanismus ist also nach wie vor von gewisser Aktualität, wenn er auch durch die Priorität binnenwirtschaftlicher Ziele in den Hintergrund tritt.

Anton Konrad, München

Nikolaus Blattner: Die Rolle des Wettbewerbs im Außenhandel. Beitrag zu einer strategischen Theorie des Außenhandels. Zürich 1971. Schulthess Polygraphischer Verlag. 242 S.

Der Verbindung von Außenhandelstheorie und Wettbewerbstheorie, zumal in ihren dynamischen Versionen, wird immer noch recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies sehr zu Unrecht in einer Zeit, in der einerseits versucht wird, mit Liberalisierungs- und Integrationspolitik Teile des Weltmarktes in Quasi-Binnenmärkte zu verwandeln, und in der andererseits die internationale Wettbewerbsfähigkeit mehr und mehr vom Verhalten von Großunternehmen und multinationalen Firmen geprägt wird. Blattners „strategische Theorie des Außenhandels“ ist ein *modelltheoretischer* Beitrag, der sich an den Problemen der Gegenwart orientiert.

Folgende Ansatzpunkte der Untersuchung werden vom Autor besonders herausgestellt: 1) Die Bedeutung des einzelwirtschaftlichen Verhaltens für die Struktur des Modells und die Bestimmung der Richtung der internationalen Güterströme, 2) die Konzentration auf jenen internationalen Handel, der nicht aus „echten“ komparativen Entwicklungsvorteilen, sondern aus dem monopolistischen Wettbewerb der Produktdifferenzierung folgt, und 3) die Bedeutung zweier Motive, die die Großunternehmen beim Einsatz von Exportstrategien leiten sollen: einmal die Minimierung der Expansionskosten und zum anderen die Realisierung binnenwirtschaftlich unerfüllbarer Wachstumsziele.

Die Nachbarschaft zur „Vent-for-Surplus-Theorie“ zeigt sich beim Wachstumsziel ganz offensichtlich. Diese Verbindung zur strategischen Theorie wird auch mehrfach aufgezeigt. Im übrigen geht es dem Autor um eine Weiterführung und Ergänzung der außenhandelstheoretischen Ansätze von *Linder* und *Lorenz*, die im ersten Teil der Arbeit den Abschluß einer systematischen Darstellung der „hauptsächlichen Ansätze zur Erklärung des Außenhandels“ bilden.

Vornehmlich unter Rückgriff auf angelsächsische Beiträge zur Theorie der Firma, der Marktentwicklung und der einzelwirtschaftlichen Entscheidungsprozesse konzentriert sich dann der zweite Hauptteil des Buches auf die zentrale Frage nach der relativen Effizienz der Instrumente (= Strategien), die den „Koalitionen“ (= Großunternehmen) zur Verfügung stehen. Große Aufmerksamkeit widmet Blattner den Wettbewerbs-Strategien der Diversifikation. Sie werden nach Binnen- und Außenmarkt, nach intersektoraler und intrasektoraler Diversifikation unterschieden. Die vom Autor neu eingeführte Strategie der Außenmarkt-Diversifikation — die Verlängerung des gegebenen Sortiments eines Sektors auf den Weltmarkt — spielt dabei eine besondere Rolle. Hinzu kommen noch die Binnenmarkt-Strategien der Kooperation (Absprachen und Fusionen). Alle Instrumente werden mit ihren Strategiekosten — im wesentlichen Organisationskosten der Marktentwicklung — grob gewichtet.

Diese kostenorientierte Rangordnung der Instrumente wird korrigiert durch die Entwicklungskomponenten der Nachfrageseite. Marktphasen der sektoralen Entwicklung (Explosion, Sättigung, Rückbildung) werden mit phasenspezifischen Werten für die Wachstumsrate des Umsatzes und die Effizienzparameter als Ausdruck der innovatorischen Aktivitäten gekennzeichnet. Unter Hinzunahme der wichtigen Prämisse unterschiedlich langer Marktphasen

sehen sich die repräsentativen Koalitionen schließlich in einem Zweisektoren-Zweiländer-Modell 81 Marktphasenkonstellationen im In- und Ausland gegenüber.

Zur Gewinnung einigermaßen eindeutiger Entscheidungsaussagen, insbesondere über die Exportstrategien, muß Blattner allerdings die aufschlußreiche und anregende Struktur seines Modells mit gravierenden Restriktionen versehen. Die Vielfalt der Nachfrage in Gestalt der erwähnten phasenspezifischen Merkmale fällt der modelltheoretischen Vergleichbarkeit zum Opfer. Durch die Vorgabe befriedigender Wachstumsraten — Beschränkung jeweils auf die erste Marktphase — fallen die Entscheidungen letztlich „bei strategischer Indifferenz der Nachfrage“. Die Auswahl der relevanten Strategien wird somit von den Produktionsbedingungen dominiert. Zieht man noch in Betracht, daß die Strategie der intrasektoralen Außenmarkt-Diversifikation annahmegemäß keine Kosten verursacht, dann überrascht es nicht, daß diese Strategie auffallend häufig als relevant ausgewiesen wird. Mit diesem Ergebnis wird zwar die Bedeutung der Produktdifferenzierung bei internationaler Phasengleichheit gut demonstriert. Immerhin leidet aber das Modell zu sehr unter „der Vorgabe besonders günstiger Verhältnisse in bezug auf die Transformationskapazität“ und auch darunter, „daß die Bedingungen, welche die Tendenz zum internationalen Ausgleich der sektoralen Evolution theoretisch sichern, in der Wirklichkeit nicht erfüllt sind“.

Gewiß wird damit der empirische Bezug weniger gesichert. Beeinträchtigt wird auch die angestrebte „Unterscheidung zwischen internationalem Handel, welcher das Ergebnis einzelwirtschaftlicher Produktdifferenzierung ist, und solchem, der aus der Existenz echter komparativer Entwicklungsvorteile hervorgeht“. Wichtiger ist demgegenüber aber wohl die Belebung der theoretischen Diskussion um die wettbewerbstheoretische Ausgestaltung der Außenhandels­theorie. Unter diesem Blickwinkel sollte auch die Präferenz für die „Koalitionen“ und die abschließend vorgetragene These beurteilt werden: „Außenwirtschaftspolitik ist Wachstumspolitik, welche wie diese vermehrt im einzelwirtschaftlichen Bereich ansetzt.“ In der Einleitung hatte Blattner ausdrücklich auf die Rolle der wettbewerbpolitischen Problematik hingewiesen, die ja nicht nur für die internationale Wachstumskonkurrenz der Firmen, sondern auch für die „Wachstumskonkurrenz der Staaten“ (Stegemann) gilt: „Die Förderung des einzelwirtschaftlichen Wachstums ist solange eine zwiespältige Empfehlung, als daß die Kriterien der optimalen Wettbewerbsintensität noch in der gegenwärtigen Weise unbestimmt sind. Die Theorie der Wettbewerbspolitik muß hier in Zukunft weiterhelfen.“

Detlef Lorenz, Berlin

Christopher Tugendhat: Die Multinationalen. Konzerne beherrschen die Wirtschaft der Welt. Wien/München/Zürich 1972. Verlag Fritz Molden. 288 S.

Das Buch ist genau sowenig präventios wie sein Titel — und das ist gut so. Tugendhat plaudert ganz einfach über jene weltweit tätigen Riesenunternehmen wie General Motors, Ford, Shell, Volkswagen, IBM, Olivetti, Philips oder Nestle, und im Plauderton vermittelt er Eindrücke vom Glanz und Elend der Giganten.

Da ist zunächst viel Glanz, vor allem für diejenigen, die sich für große Zahlen und einen gewissen Jet-Set-Flair begeistern. Schon heute produzieren die Multinationalen ein Sechstel des Weltbruttosozialproduktes, wachsen doppelt so schnell wie der Rest der Wirtschaft, und allein die amerikanischen Auslandsstöchter haben einen Jahresumsatz, der sich dem Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland annähert. Ernst zu nehmende Wirtschaftsexperten vertreten deshalb die Auffassung, daß in 10 - 12 Jahren die Weltwirtschaft von zweihundert bis dreihundert internationalen Konzernen geprägt und vor allem kontrolliert sein wird und daß sie immer tiefer und häufiger in das Leben des einzelnen, aber auch ganzer Völker und Wirtschaftsgemeinschaften eingreifen werden.

Es kann keinen Zweifel geben, der Siegeszug der Multinationalen hat die Welt verändert, und Tugendhat berichtet hierüber leidenschaftslos, distanziert, mitunter ein wenig amüsiert. Er schildert den Troß der Banken, Werbefachleute, Wirtschaftsprüfer und Anwälte, die mit „ihrem“ Unternehmen um die ganze Welt ziehen, die Kolonien ausländischer Manager in aller Herren Länder, das Sprachenwirrwarr in Haupt und Gliedern und was dergleichen mehr zu beobachten ist.

Über multinationale Unternehmen ist viel Gutes gesagt und geschrieben worden — vor allem von den Betroffenen selbst —, und Tugendhat versäumt nicht, die wichtigsten Pluspunkte noch einmal aufzuführen. Danach mehren sie durch Steuern, Zölle und sonstige Abgaben die Einnahmen der Staaten, in denen sie sich niederlassen, sie sind Kunden von einheimischen Dienstleistungen und Waren, sie schaffen Arbeitsplätze, verbreiten know-how, bilden ein qualifiziertes Management heran, bringen technischen Fortschritt ins Land und übernehmen Aufgaben, die mitunter über die wirtschaftliche Kraft eines einzelnen Landes oder Unternehmens hinausgehen. Schließlich soll ihre Tätigkeit — nicht zuletzt durch Heranbildung einer international orientierten Führungsschicht — einen integrierenden Effekt auf Staaten und Wirtschaftsblöcke haben.

Doch Tugendhat sieht auch die Schattenseiten des multinationalen Engagements, und er zögert nicht — entgegen einer noch weitverbreiteten Haltung —, sie in aller Ausführlichkeit darzustellen. Aber auch hier wird er nie aggressiv, klagt nie an, will nichts ändern oder verbessern. Er beschränkt sich auf die Beschreibung einer Vielzahl sorgfältig recherchierter Sachverhalte und einige einfache Schlußfolgerungen. Im wesentlichen überläßt er es dem Leser, seine eigene Meinung zu bilden.

Für Tugendhat sind die Schattenseiten multinationaler Unternehmen zwangsläufige Folge des Grundsatzes, nach dem sie angetreten sind: Maximierung des Gewinns der Konzernspitze durch Ausnutzung billiger Arbeitskräfte, Sicherung des unbeschränkten Zugangs zu Rohstoffquellen, weltweite Verteilung von Produktions- sprich: Streikrisiken, Vermeidung vermeidbarer Steuerlasten, Ausschaltung von Währungsverlusten und anderem mehr.

Alle diese Maßnahmen sind zumeist völlig legal, aber sie können eben doch dazu führen, daß die Finanzpolitik der Multinationalen selbst bei normalen Transaktionen die Kredit- und Währungspolitik des betroffenen Landes ernsthaft bedroht, dem Land erhebliche Steuernachteile erwachsen

oder seine berechtigten Sicherheitsinteressen nicht mehr gewährleistet sind. Je erfolgreicher eine ausländische Tochtergesellschaft ist, desto mehr wird sie aus der Sicht des Gastlandes zum Kapitalexporteur. Bei ausländischen Gesellschaften tragen die Gastländer mit nur geringen Möglichkeiten der Einflußnahme die Gefahr von Betriebseinschränkungen, Stilllegungen oder wirtschaftlichen Zusammenbrüchen. Kritisch steht Tugendhat auch der Behauptung gegenüber, die Multinationals brächten ihren Gastländern technischen Fortschritt und allgemeinen know-how. Nach seinen Feststellungen achten diese Unternehmen in der Regel sorgsam darauf, daß ihr Wissen und Können im eigenen Haus bleibt. Selbst wenn Forschungs- und Entwicklungsstätten, wie z. B. bei IBM, weltweit verteilt sind, ist dennoch nur das Mutterland des Konzerns wirklich autark. Tugendhat weist nachdrücklich darauf hin, daß das starke Engagement multinationaler Gesellschaften durch vielfältige Verbindungen und Möglichkeiten der Einflußnahme nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur politischen Abhängigkeit vom Mutterland der wichtigsten Unternehmen führen kann. Die von Tugendhat geschilderten negativen Auswirkungen multinationaler Unternehmen wiegen schwer und haben vor allem in der dritten Welt bereits erhebliche Reaktionen hervorgerufen. Langfristig vielleicht noch bedenklicher und nicht nur Entwicklungsländer betreffend ist jedoch eine andere Problematik, die von Tugendhat unerwähnt bleibt. Bei den Giganten der Weltwirtschaft müssen kritischer als bisher die Gründe und der Inhalt ihres außergewöhnlichen Wachstums und ihre spezifischen Kosten, und zwar Kosten im weitesten Sinne, geprüft werden. Es waren nicht immer nur die besondere Tüchtigkeit der Unternehmen, sondern nicht selten fragwürdige unternehmerische Entscheidungen und volkswirtschaftlich verwerfliche Wettbewerbsabsprachen, die sie zu ihrer heutigen Größe gebracht haben. Und auch beim Inhalt des Wachstums ist zu differenzieren. Wachstum durch bloße Akquisitionen bestehender Unternehmen ist anders zu bewerten als das innere, in der Eigendynamik des Unternehmens wurzelnde Wachstum. Akquisitionswachstum bietet in der Regel keine gesamtwirtschaftlichen Vorteile und ist nicht selten lediglich ein Schritt zur Verwirklichung oligopolistischer Marktstrukturen.

Ein besonders schwieriger und bisher auch nur wenig behandelter Bereich sind die Kosten, die einmal durch die Größe des Unternehmens verursacht werden und die zum anderen aus dem Umstand erwachsen, daß multinationale Unternehmen auf die Steuerungsimpulse nationaler Wirtschaftspolitik anders reagieren als nationale Marktbeteiligte. Erwähnenswert sind sicher auch die nicht unbeträchtlichen „sozialen“ Kosten, die durch die Herauslösung Hunderttausender von Menschen, Männern, Frauen und Kindern, aus ihrer gewohnten Umgebung mit allen ihren ethnischen, kulturellen und sonstigen Bindungen verursacht werden. Dabei ist gar nicht in erster Linie an den mit Geld ausgleichbaren Aufwand, sondern vielmehr an den enormen Aufwand menschlicher Substanz gedacht. Tugendhat hätte aufgrund seiner tiefen Einblicke in die Wirkungsweise und Zusammenhänge multinationaler Unternehmensaktivitäten zweifellos Wichtiges zu diesen Fragen beitragen können.

Ebenso wünschenswert wäre es gewesen, wenn Tugendhats Vorschläge zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten etwas umfassender ausgefallen

wären. Zumindest der kritische Leser wird sich fragen, ob Maßnahmen wie die unterschiedslose Behandlung aller Mitarbeiter in multinationalen Unternehmen, die Internationalisierung der Konzernspitzen, die Beteiligung des heimischen Publikums an ausländischen Tochtergesellschaften, die bessere Information der Gastländer über Pläne, Investitionsabsichten usw. sowie die Aufstellung einheitlicher Richtlinien der Regierungen zur Behandlung multinationaler Unternehmen wirklich ausreichend sind.

Doch diese Anmerkung, die mehr ein Wunsch an den Verfasser als eine Kritik ist, soll den Wert seines Buches nicht schmälern. Tugendhat hat mit seinen „Multinationalen“ einen wertvollen, durchweg leicht verständlichen und deshalb um so erfreulicheren Beitrag zu dem schwierigen Komplex der internationalen Konzerne erbracht. Auch für den nicht speziell vorgebildeten Leser ist dieses Buch eine Fundgrube volks- und unternehmenswirtschaftlicher Einsichten. Besonders hervorzuheben ist die präzise Erläuterung von Fachausdrücken und die grafische Darstellung schwieriger Zusammenhänge. Mit leichter Hand führt Tugendhat den Leser in eine Welt ein, von deren Existenz er zwar täglich berührt wird, in die ihm aber Einblicke bisher vielleicht verschlossen waren.

Kurt H. Biedenkopf, Düsseldorf

Christian Uhlig: Entwicklungshilfepolitik. Hamburg 1971. Verlag Weltarchiv. 311 S.

Uhlig hat in einer umfangreichen, mit sehr viel statistischem Material durchsetzten Arbeit die Entwicklungshilfepolitik der fünf wichtigsten westlichen Geberländer (BRD, Frankreich, Großbritannien, Japan, USA) dargestellt und kritisch durchleuchtet. Diese fünf einheitlich gegliederten Ländermonographien nehmen den größten Teil der Arbeit ein (S. 43 - 239). Sie werden von einer einleitenden Betrachtung über „Wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe“ und einer zusammenfassenden Gesamtbeurteilung der Entwicklungshilfepolitik der fünf Länder eingerahmt.

Uhlig hat sich zum Ziel gesetzt, „einen Überblick über den Umfang der Entwicklungshilfe und die Methoden der Entwicklungshilfepolitik der Geberländer zu verschaffen“ (S. 14). Diesem Anspruch wird seine Arbeit in vollem Umfang gerecht. Die Darstellungen, die von institutionellen und quantitativen Fakten bis hin zu Motiven und „Strategie“-betrachtungen reichen und jeweils in eine kritische, vorausschauende Perspektive münden, sind sachlich und frei von einseitiger oder oberflächlicher Polemik. Diese fünf großen Länderkapitel haben jedoch auch den „Sinn . . . in gedrängter Form eine Übersicht über die jeweilige Politik zu vermitteln und zugleich die Grundlage für einen internationalen Vergleich zu schaffen“ (S. 15), den er dann selbst im 7. und letzten Kapitel versucht. Soweit dieser Vergleich im quantitativen Bereich verbleibt, kann er sich auf gängige OECD-Statistiken stützen, die freilich auch schon vielerorts interpretiert worden sind. Die Schwierigkeiten liegen im Vergleich der unterschiedlichen Motive und Strategien, wenn er mehr als eine wenn auch vielschichtige Gegenüberstellung sein soll. Die Frage ist dann aber, ob dieser Vergleich viel mehr „hergibt“, als der Verfasser geboten hat, denn, wie er selbst bemerkt (S. 16), verbirgt sich „hinter diesem aus Gründen der Vergleichbarkeit herbeigeführten einheitlichen Gesamtbild der Entwicklungs-

hilfepolitiken der einzelnen Geberländer . . . eine große Vielfalt hinsichtlich der Maßnahmen und Prioritäten, die von jedem Land gewählt werden“.

Damit bleibt nur noch Spielraum für die große Vogelperspektive, in der Uhlig einen verdienstvollen Beitrag zur Skepsis gegenüber einer weitgehend auf politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen des Geberlandes fußenden Entwicklungshilfe leistet und einer stärkeren Betonung „humanitär — altruistischer bzw. sozialer“ (S. 243) Motive das Wort redet. Sein Plädoyer für eine „fortschrittlich formulierte Weltsozialpolitik“ (S. 280) ist Tenor und Fazit seiner Schlußbetrachtungen. Die Entwicklung seit der Veröffentlichung von Uhligs Buch scheint anzudeuten, daß die Zahl der Leute, die seine Auffassung teilen, wächst.

Werner Hammel, Frankfurt a. M.

Burkhard Gagzow: Außenwirtschaftsorientierte Entwicklungspolitik kleiner Länder. Das Beispiel Ceylon. Stuttgart 1969. Gustav Fischer. 222 S.

Der Verfasser beginnt seine Studie mit der „Frage nach den Faktoren, die bei der wirtschaftspolitischen Grundentscheidung“ einzelner Länder ausschlaggebend sind, der Frage nach den „ökonomischen Größen . . . , die Ausgangspunkt für eine Entwicklungskonzeption sein können“ (S. 1). Einer dieser Faktoren wird in der Größe eines Landes vermutet. Ihr Einfluß auf die Entwicklungsstrategie soll dargelegt werden. Das geschieht in drei Schritten. Im ersten Teil wird untersucht, was unter der Größe eines Landes zu verstehen ist „und inwieweit die exogen vorgegebene Größe eines Landes einen Einfluß auf den Ablauf seines wirtschaftlichen Geschehens hat und welche Konsequenzen sich daraus für die Entwicklungspolitik der betroffenen Staaten ergeben. Im zweiten Teil wird am empirischen Beispiel Ceylons für den Zeitraum von 1825 bis 1965 untersucht, wie sich die Beachtung bzw. Nichtbeachtung der aufgezeigten ökonomischen Zusammenhänge in der Planung und deren Ausführung auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt, um die Bedeutung für die Entwicklungspolitik kleiner Länder anhand des speziellen Einzelfalles zu überprüfen. In einem abschließenden dritten Teil wird dann versucht, aus den in der Länderstudie gewonnenen Ergebnissen allgemeine Schlüsse für die Durchsetzbarkeit der Entwicklungspolitik kleiner Länder in der heutigen Weltarbeitsteilung zu gewinnen“ (S. 2).

Der erste Teil (S. 3 - 52) bietet eine kurze Zusammenfassung von Überlegungen, die in der Literatur zu dem angeschnittenen Thema bereits vorgetragen wurden. Die Größe eines Landes wird nach „außerökonomischen“ (geographische Ausdehnung und Bevölkerungszahl) und ökonomischen Kriterien (vornehmlich Sozialprodukt) bestimmt. Nicht diskutiert wird ein Kriterium, das in der Außenhandelsliteratur nicht selten zur Definition kleiner Länder verwendet wird: die Beeinflußbarkeit der Weltmarktpreise durch Angebot und Nachfrage des Landes. Anschließend untersucht der Verfasser die Bedeutung eines kaufkraftschwachen Binnenmarktes für das wirtschaftliche Geschehen in kleinen Entwicklungsländern. Dabei widmet er besondere Beachtung den Möglichkeiten der Arbeitsteilung, der Wettbewerbsintensität, der Realisierbarkeit optimaler Produktionskapazitäten und dem technischen Fortschritt. Auch geht er auf die Fragen ein, inwieweit der Außenhandels-

sektor „leading sector“ sein könne oder „lagging sector“ sei. Er gelangt schließlich zu dem Ergebnis, „daß aufgrund der Produktionsfunktionen der modernen technischen Fertigungsprozesse und aufgrund der wirtschaftstheoretischen Analyse für Volkswirtschaften mit kleinen Binnenmärkten ein außenwirtschaftlich ausgerichteter Weg zur ökonomischen Entwicklung sinnvoll zu sein scheint“ (S. 51). Dieses Ergebnis, das nicht auf einem mehr oder weniger selbständig entwickelten theoretischen Fundament beruht, ist nicht überraschend, denn es findet sich in gleicher Weise in der Literatur, aus der die im einzelnen diskutierten Argumente entnommen sind. Zudem ist seine Ableitung nicht immer überzeugend, sogar Fehler sind festzustellen, wie das folgende Beispiel zeigt. Auf S. 8 f. heißt es: „Der ... Fixkostenbetrag ist ... besonders hoch, was in der Regel neben hohen fixen Kosten niedrige variable mit sich bringt. Aus dieser Situation ergibt sich zwangsläufig, daß durch Steigerung der Zahl der produzierten Gütereinheiten der Fixkostenbetrag und somit die Totalkosten pro Gütereinheit gesenkt werden. Eine Steigerung der Ausbringung hat also sinkende Grenzkosten zur Folge.“

Der zweite Teil (S. 53 - 184) stellt die Hauptleistung des Verfassers dar. In ihm geht er auf die wirtschaftliche Entwicklung Ceylons ein. Er beschreibt sie recht ausführlich und übersichtlich. Man muß die Mühe betonen, die sich der Verfasser gemacht hat, aber auch zwei negative Eindrücke wiedergeben, welche die Lektüre vermittelt. Einmal ist zu bemängeln, daß die Beschreibung nicht zielgerecht auf das Thema ausgerichtet ist. Die Bedeutung der Außenwirtschaft für die Entwicklung Ceylons wird zwar überzeugend dargelegt, aber das geschieht im Rahmen einer zu breit angelegten historischen Wirtschaftskunde. Es wird episch breit geschildert, nicht das Wesentliche allein herausgestellt. Zum anderen wird erkennbar, daß der Verfasser noch nicht genügend über den Fakten steht. Der Einfluß anderer Arbeiten über die wirtschaftliche Entwicklung Ceylons ist sehr deutlich. Das gilt für die Zeit bis 1932 besonders von *Lennox Mills*, „Ceylon under British Rule 1795 - 1932“ (New Impression, Liverpool, London 1964) und für die anschließende Zeit von *Donald R. Snodgrass*, „Ceylon. An Export Economy in Transition“ (Homewood, Ill., 1966). Neben diesen beiden negativen Eindrücken sind einige kleinere Mängel anzumerken: Die Darstellung ist nicht immer exakt genug. So heißt es auf S. 118, daß „ein Schutzzoll bis zur Höhe der Differenz zwischen dem Importpreis und den sozialen Kosten der inländischen Produktion vorgesehen“ wurde. Was unter sozialen Kosten zu verstehen ist und wie sie ermittelt werden, muß der Leser selbst erkennen. Kleine Fehler mischen sich ebenso in den Text wie Widersprüche. Einige Ergebnisse sind nicht genügend begründet. Das gilt vornehmlich für die Projektionen, die *Gagzow* hinsichtlich des Exports wichtiger Ausfuhrgüter Ceylons vornimmt. So heißt es z. B. auf S. 169, daß von 1959 bis 1965 „das Exportgeschäft“ bei pflanzlichen Textilfasern „um knapp 7 % ausgedehnt werden“ konnte. Das allein (!) veranlaßt den Verfasser zu der (nicht weiter begründeten) Aussage: „Dieser Trend sollte sich auch in der Zukunft fortsetzen lassen, wobei jedoch der steigende Eigenverbrauch des Landes berücksichtigt werden muß. Legt man daher für die nächsten fünf Jahre eine Umsatzsteigerung von rund 6 % p. a. zugrunde, so ...“.

Der dritte Teil (S. 185 - 199) ist der schwächste des Buches. Er bringt die Auswertung der empirischen Untersuchung. Es werden die für Ceylon gefundenen Ergebnisse kurz zusammengefaßt, und es wird (ohne weitere Begründung) die Ansicht vertreten, daß sie für andere kleine Entwicklungsländer in ähnlicher Weise gelten. Dann wird wenig überzeugend, weil wenig begründet, für kleine Entwicklungsländer eine „Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums auf der Grundlage der Außenwirtschaft“ entworfen, allerdings mehr in Form eines Referates entsprechender Vorschläge von *Fei* und *Ranis* als in direktem und zwingendem Bezug zu den empirischen Ergebnissen.

Wer sich für die Entwicklung Ceylons interessiert, wird dieses Buch mit einigem Gewinn lesen. Denjenigen, die dagegen nach einer Theorie der Entwicklungspolitik kleiner Entwicklungsländer suchen, wird die Lektüre dieses Buches nicht unbedingt empfohlen.

Helmut Hesse, Göttingen

Walter Wittmann: Einführung in die Finanzwissenschaft. II. Teil: Die öffentlichen Einnahmen. Stuttgart 1971. Gustav Fischer. 210 S.

Nach der Darstellung der öffentlichen Ausgaben im ersten Teil der auf vier Bände angelegten Finanzwissenschaft Wittmanns liegt nun der zweite Teil vor, der sich mit dem großen Komplex der öffentlichen Einnahmen befaßt. Im Gegensatz zu den öffentlichen Ausgaben, deren Behandlung in der finanzwissenschaftlichen Literatur bislang meist sehr zu wünschen übrig ließ, sind die öffentlichen Einnahmen sozusagen *das* Gebiet der Finanzwissenschaft, und entsprechend umfangreich ist die dazu gehörige Literatur, sei es zu Teilproblemen oder in Form von Gesamtdarstellungen. Der Versuch, „den internationalen Stand der theoretischen und empirischen Forschung im Bereiche der öffentlichen Einnahmen möglichst lückenlos darzustellen“ (Vorwort), ist daher ein sehr ehrgeiziges Ziel und auch ein Wagnis, insbesondere, wenn der zur Verfügung stehende Raum knapp ist.

In der vorliegenden gedrängten Fassung müssen angesichts der angewandten Methode gewisse Teile zu kurz kommen, und das ist besonders bei den ersten sechs Kapiteln der Fall, die sich mit den mehr technischen Aspekten der Steuern befassen. Das soll nicht heißen, daß diese Teile der Steuerlehre etwa unwichtig wären; im Gegenteil, sie sind als Grundlage für das Verständnis der Steuerwirkungen unentbehrlich. Gerade in diesen ersten Kapiteln sollten Begriffe klargestellt, Abgrenzungen erarbeitet und Eigenheiten der speziellen Steuern deutlich herausgearbeitet werden. Daran fehlt es aber in diesem Werk. Die Darstellung ist in wesentlichen Punkten einerseits zu knapp, andererseits aber mit zu vielen verwirrenden Einzelheiten überhäuft. Der Verzicht auf eine spezielle Steuerlehre macht sich nachteilig bemerkbar. Das Ergebnis ist ein Nebeneinander von Allgemeingültigem und Speziellem, von Finanzgeschichte und Gegenwart, von Steuerausgestaltungsformen in verschiedenen Ländern; das führt vielfach zu einem bloßen Antippen von Begriffen ohne eingehende Erklärungen, zu einem Andeuten von Problemen und Fragen ohne entsprechende Analyse oder Lösungsansätze, zum Verzicht auf begründete Stellungnahme, zu erklärungsarmen Beispielen der Finanzwirklichkeit, kurz gesagt, zu einer gewissen Zusammenhanglosigkeit. Was

soll es beispielsweise, wenn bei der Vermögensteuer lapidar berichtet wird, gemeiner und Verkehrswert seien Bemessungsgrundlage, wenn diese Begriffe nicht erläutert werden (S. 35)? Was sollen Leerformeln wie „das gemeinsame Merkmal der Vermögenssteuern besteht in der Belastung des Vermögens“ (S. 33)? Warum wird zu Argumenten für und gegen bestimmte Steuern nicht Stellung bezogen, insbesondere bei den doch sehr umstrittenen Ertragsteuern? Unrichtig ist es, wenn die Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung als Einkünfte aus unselbständiger Arbeit bezeichnet werden (S. 50). Zumindest in der Bundesrepublik ist auch die Lohnsteuer nicht durchgehend proportional (S. 52). Abgesehen davon, daß die Aufzählung der in der Bundesrepublik erhobenen speziellen Verbrauchsteuern sehr unvollständig ist, muß dazu bemerkt werden, daß es dort weder eine Lebensmittelsteuer, noch eine Steuer auf Heizmaterialien, noch eine Transportsteuer gibt. Oder sollte mit der letztgenannten die Straßengüterverkehrsteuer gemeint sein? Die Beförderungsteuer ist im übrigen mit Einführung der Mehrwertsteuer am 1. 1. 1968 abgeschafft worden (S. 64).

Diese Bemerkungen zeigen, daß wenn schon von einer Zweiteilung in allgemeine und spezielle Steuerlehre abgesehen wird, dies konsequent durchgeführt werden sollte. In diesem Fall würde die idealtypische Darstellung der einzelnen Steuerarten wesentlich mehr Erkenntnisse bringen als die hier angewandte Methode, die eine unbefriedigende und wenig aufschlußreiche Vermischung der beiden Steuerlehren bringt. Glücklicherweise ist der Teil des Werkes, der sich mit den Steuerwirkungen (Wirkungen auf die Gesamtnachfrage, das Gesamtangebot und die Verteilung) befaßt und auf den nach dem Vorwort das Schwergewicht gelegt wurde (die ersten sechs Kapitel umfassen 90 Seiten, der Problembereich Steuerwirkungen 60), wesentlich besser gelungen und vermag dem Leser insbesondere durch die Gegenüberstellung theoretischer Analysen und empirischer Befunde einigen Gewinn zu bringen. Das gleiche gilt, wenn auch in vermindertem Maße, für die drei abschließenden Kapitel, die Steuersysteme, internationale Steuerprobleme und Einnahmenplanung zum Gegenstand haben. Es ist zwar dankenswert, daß auf die beiden zuletzt genannten Problembereiche die Aufmerksamkeit gelenkt wurde, aber leider wurden diese wichtigen Fragenkreise nur kurz angeschnitten.

Dieter Stilz, Berlin

Walter Wittmann: Einführung in die Finanzwissenschaft. III. Teil. Stuttgart 1972. Gustav Fischer. 210 S.

Nach den bereits vorliegenden Bänden, die sich mit den öffentlichen Ausgaben und den öffentlichen Einnahmen befaßten und somit relativ begrenzte Themenbereiche zum Gegenstand hatten, werden nun im dritten Band der auf vier Teile angelegten Finanzwissenschaft Wittmanns die restlichen Teile des Wissensgebietes behandelt; die Finanzpolitik ist dem vierten Teil vorbehalten.

Diese trotz einiger notwendiger Verweisungen auf den Inhalt der vorigen Bände geglückte Aufteilung des Stoffes hat Raum geschaffen auch für Gebiete der Finanzwissenschaft, die traditionell in Lehrbüchern stark vernachlässigt worden sind. Wie sich auch schon im Band „öffentliche Ausgaben“ dokumen-

tierte, macht sich Wittmann die Mühe, auch über solche Wissensgebiete zu informieren, denen sich die Forschung bis jetzt noch nicht in ausreichendem Maße zugewandt hat. Gerade auch für eine Einführung in die Finanzwissenschaft ist dies besonders zu begrüßen, regt es doch den Lernenden durch die Heranführung an die Grenz- und Randproblemkreise, für die noch keine gängigen Lehrgebäude und allgemein anerkannten Lehrsätze vorliegen, zu eigenem Denken an. Dies wird durch die Lehrmethode Wittmanns noch verstärkt, den theoretischen Ansätzen empirische Befunde gegenüber und auch zur Seite zu stellen. Gerade die Diskrepanzen, die sich z. T. ergeben, fördern den Anregungsprozeß. Allerdings, trotz der Aufteilung des Stoffes und obwohl der dritte Teil relativ umfangreich ist, hat man bei der Lektüre stellenweise das Gefühl, daß doch noch mehr gesagt werden müßte. Der Zwang, ein großes Gebiet möglichst knapp zu gestalten, läßt manche Stellen etwas flach erscheinen; manche Themen werden zu kurz angerissen und wirken nicht immer stringent abgehandelt. Aber das ist bei der Stofffülle wohl kaum zu vermeiden und mindert den Wert des zuvor Gesagten in keiner Weise.

Gegliedert ist der dritte Teil in sechs Kapitel, überschrieben mit öffentlicher Schuld, öffentlicher Haushalt, Finanzausgleich und regionale Budgetwirkungen, kommunale Finanzen, öffentliche Unternehmen und Sozialversicherung. Schon diese einfache Nennung bestätigt den oben geschilderten weiten Rahmen des dritten Bandes. Insbesondere über die Kapitel kommunale Finanzen und Sozialversicherung findet man in den älteren vergleichbaren Finanzwissenschaften nicht gerade viel. Aber auch die anderen Kapitel weichen von der traditionellen Darstellungsweise ab. Zwar kommen die traditionellen lehrbuchmäßigen Aussagen zu den behandelten Problemkreisen nicht zu kurz. Jedoch behandelt Wittmann auch Theorien und Forschungsergebnisse, die weit darüber hinaus führen, und gelangt so zu einer umfassenderen Darstellung. Beispielsweise erschöpft sich das Kapitel öffentlicher Haushalt nicht mit der Darstellung der klassischen Budgetgrundsätze, des Budgetkreislaufs und der institutionellen Probleme. Eingehend werden vielmehr noch die Theorien der Budgetbestimmung, das Planning-Programming-Budgeting-System, zeitgemäße Budgetgliederungen und Budgetgrundsätze, die Budgetwirkungen sowie die Finanz- und Budgetplanung kritisch dargestellt. Ähnlich umfassend sind auch die anderen Kapitel angelegt.

Für eine Einführung in die Finanzwissenschaft ist es somit erstaunlich viel, was gebracht wird. Die Lektüre ist sicher für jeden Studenten der Finanzwissenschaft ein Gewinn, zumal an dem in den ersten zwei Bänden geübten Verfahren festgehalten wird, das Gebotene durch Fragen und spezielle Literaturhinweise zu vertiefen. Daß die angebotene Literatur überschaubar bleibt, ist nicht das kleinste Verdienst des Lehrbuchs.

Dieter Stilz, Berlin

Karl-Heinrich Hansmeyer und *Dietrich Fürst*: Die Gebühren. Zur Theorie eines Instrumentariums der Nachfragelenkung bei öffentlichen Leistungen. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968. W. Kohlhammer. 161 S.

Diese Abhandlung beschäftigt sich mit den Gebühren vom Standpunkt der Finanzpolitik. Sie betrachtet dabei die Gebühren insbesondere als Mittel der Nachfragelenkung bei öffentlichen Leistungen.

Nach einem dogmengeschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Gebührentheorien vom Kameralismus bis zur Gegenwart im ersten Kapitel nehmen die Verfasser im zweiten Kapitel eine Abgrenzung des Gebührenbegriffs gegenüber den Steuern, den Beiträgen und den Erwerbseinkünften vor. Schwierigkeiten bereitet dabei vor allem die Abgrenzung gegenüber den Erwerbseinkünften. Diese Schwierigkeit entsteht vornehmlich für die Benutzungsgebühren, nicht aber für die Verwaltungsgebühren. Die Gebühr wird definiert als „Abgabe, die für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen zu entrichten ist und deren Höhe sich nach politischen Zielen unter Berücksichtigung der Nachfragestruktur richtet“ (S. 34). Neu sind die von den Verfassern in den Gebührenbegriff hineingebrachten Merkmale: politische Zielsetzung sowie die Berücksichtigung der Nachfragestruktur. Es scheint zweifelhaft, ob sich diese Merkmale in allen Fällen nachweisen lassen, insbesondere bei den üblichen Verwaltungsgebühren (Gerichtsgebühren, Standesamtsgebühren etc.).

Im Zentrum der Abhandlung steht die in den Kapiteln 3 bis 5 behandelte Gebührenpolitik. „Gebührenpolitik kann . . . mittels Variation der Gebührensätze, der Qualität der angebotenen gebührenpflichtigen Leistung sowie mit Hilfe einiger administrativen Maßnahmen betrieben werden“ (S. 59). Die Variationsmöglichkeit einer Gebührenpolitik unterziehen die Verfasser einer sehr eingehenden Untersuchung, wobei sie das Instrumentarium der modernen Betriebswirtschaftslehre in ausgiebiger Weise einsetzen. Dabei wird die Gebühr neben der fiskalischen Zielsetzung als „Instrument der Mengenzpolitik“ und als „Instrument der Belastungspolitik“ untersucht. Unter Belastung verstehen dabei die Verfasser „den Grad der Nutzeneinbuße, die der Gebührenpflichtige hinnehmen muß“ (S. 84). Bei dieser Untersuchung wird der betriebswirtschaftliche Gesichtspunkt mitunter etwas einseitig betont. Auch gewinnt man den Eindruck, daß sich die Untersuchung vornehmlich auf die Benutzungsgebühren erstreckt, obwohl Gegenstand der Untersuchung die Gebühren schlechthin, d. h. also auch die Verwaltungsgebühren sind. Diese Schwierigkeit haben zwar Hansmeyer und Fürst schon zu Beginn der Arbeit erkannt, indem sie sagten: „Allerdings muß eine Theorie der Benutzungsgebühren einen anderen Tenor bekommen als eine Theorie der Verwaltungsgebühren“ (S. 38). Eine weitere Schwierigkeit, die von den Verfassern hervorgehoben wird, liegt in dem Fehlen empirischer Untersuchungen, aus denen „brauchbare Regeln für das gebührenpolitische Verhalten“ abgeleitet werden können“ (S. 60).

Im letzten Kapitel unter dem Titel „Die Zukunft der Gebühren“ setzen sich Hansmeyer und Fürst mit den *Musgraveschen* Begriffspaaren „social wants“ und „social goods“ auf der einen und „merit wants“ und „merit goods“ auf der anderen Seite auseinander. Dabei wenden sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Steuerungsmöglichkeit der Inanspruchnahme von „merit goods“ durch Gebühren bzw. gebührenähnliche Abgaben zu. Etwas unvermittelt wird dann die Untersuchung in diesem Kapitel abgebrochen. Hier hätte man vielleicht aufgrund des Titels erwarten können, daß sich die Verfasser mit dem Problem der Konkurrenz zwischen Steuern und Abgaben auseinandersetzen würden, insbesondere mit der Frage, ob jeder möglichst die öffentlichen Lei-

stungen bezahlen soll, die er in Anspruch nimmt, oder ob es sinnvoll ist, die individuelle Entgeltlichkeit zugunsten einer kollektiven Entgeltlichkeit durch Erhebungen von Steuern abzulösen. Zwar lassen die Verfasser dieses Problem im dogmengeschichtlichen Teil kurz anklingen, indem sie die *Wagner*-sche Prognose erwähnen, nach der die Finanzierung über Gebühren in einer fortschreitenden Wirtschaft durch eine Finanzierung über Steuern abgelöst werden wird, ohne jedoch auf diese Frage weiter einzugehen. Bei einem Kapitel über die Zukunft der Gebühren hätte dieses Problem einen angemessenen Raum einnehmen sollen.

Im ganzen gesehen, handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine eingehende und sorgfältige Untersuchung. Auch enthält die Abhandlung einige originelle Gedanken, die eine Lektüre der Arbeit als lohnend erscheinen lassen. Die verwendete Literatur ist im umfangreichen Maße herangezogen und sorgfältig ausgesucht worden.

Harry Runge, Stuttgart

Horst Stiesch: Die Bedeutung der gemeinsamen Verkehrspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Entwicklung der Raumstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 176 S.

Der Verfasser analysiert die gemeinsame Verkehrspolitik der EWG, als deren Hauptziele er „die Integration der nationalen Verkehrsmärkte und die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien anstelle dirigistischer Verkehrspolitiken“ (S. 11) nennt, hinsichtlich ihrer raumwirksamen Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland. Die sorgfältig gegliederte Partialanalyse, die sich auf den räumlichen Nebeneffekt des EWG-Verkehrskonzeptes beschränkt, beschäftigt sich nacheinander mit der Raumstruktur des Bundesgebietes, den Zusammenhängen zwischen Verkehr und Raumstruktur, der raumwirtschaftlichen Problematik der EWG-Verkehrspolitik sowie den Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes verkehrspolitischer Maßnahmen für die Zwecke der Regionalpolitik. Der latenten Gefahr jeder Partialanalyse, daß sie gerade die wichtigsten ökonomischen Interdependenzen ausklammert und dann zu wirtschaftspolitisch „falschen“ Schlußfolgerungen gelangt, ist der Verfasser erfreulicherweise nicht erlegen. Indem er die ökonomische Einbindung des Verkehrs in die Gesamtwirtschaft beachtet, erkennt er folgerichtig die ordnungspolitische Problematik des systeminkonformen Verkehrsdirigismus in einer Marktwirtschaft und die gesamtwirtschaftliche Effizienz und Vorteilhaftigkeit einer wettbewerbsorientierten Konzeption für die Güterverkehrswirtschaft. Der Verfasser bemerkt zu Recht, daß „auch vom Wettbewerbsmechanismus bestimmte Ausgleichskräfte ausgehen können, die in Richtung auf die Beseitigung räumlicher Entwicklungsunterschiede wirken“ (S. 115). Dennoch sieht er einen Zielkonflikt zwischen den wettbewerbs- und regionalpolitischen Zielsetzungen, wobei er allerdings die eventuell auftretenden raumwirtschaftlich schädlichen Nebenwirkungen eines wettbewerbsorientierten Verkehrskonzeptes nicht dramatisiert. Er kommt im Laufe der Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die angeblich wettbewerbsorientierte EWG-Verkehrskonzeption „unter den bestehenden Verhältnissen zu einer Verstärkung der räumlichen Gegensätze führen wird, sofern nicht rechtzeitig

Gegenmaßnahmen im Rahmen der dafür zuständigen Regionalpolitik getroffen werden“ (S. 114).

Bedauerlicherweise wird die verkehrspolitische Konzeption der EWG, die aus den vagen Bestimmungen des EWG-Vertrags sowie Denkschriften und Programmen der EWG-Kommission abgeleitet wird, nicht daraufhin überprüft, ob diese wirklich eine wettbewerbliche Grundausrichtung hat. Mißt man nämlich die deklamatorischen Bekenntnisse europäischer Verkehrspolitiker zu einer marktwirtschaftlichen Verkehrsordnung an den konkreten verkehrspolitischen Maßnahmen und schiebt man das Rankenwerk wettbewerblicher Leerformeln in den EWG-Verkehrsordnungen beiseite, so wird der harte dirigistische Kern der gemeinsamen Verkehrspolitik — wie er sich in Markt Zugangsbeschränkungen (Kontingente) und staatlich festgesetzten Preisgrenzen (obligatorische Margentarife) offenbart — sichtbar. Gegenüber dem ausgedehnten nationalen Verkehrsdirigismus, wie er vor allem in der Bundesrepublik Deutschland — wenngleich bisher ohne den sichtbaren Erfolg einer volkswirtschaftlich sinnvollen Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern — betrieben wird, weist die bisherige EWG-Verkehrspolitik lediglich minimale Liberalisierungstendenzen auf.

Nun braucht die Verkennung des im Kern fortgesetzten Verkehrsdirigismus auf europäischer Ebene den Aussagewert der vorliegenden Arbeit noch keineswegs zu entwerten. Aussagen, wie die, daß unter der Annahme einer wettbewerbsorientierten Verkehrskonzeption diese und jene raumstrukturelle Wirkungen eintreten, können durchaus fruchtbar sein. Nur muß dann bei verkehrspolitischen Schlußfolgerungen der hypothetische Charakter der Analyseergebnisse beachtet werden.

Die Arbeit verdient Beachtung, weil sie über das Bekannte des Komplexes „Verkehr und Raum“ hinaus manchen nützlichen Hinweis zum Verhältnis Verkehrs- und Regionalpolitik gibt.

Hans-Rudolf Peters, Bonn/Marburg

Hans-Werner Detrez: Der Containerverkehr und seine Entwicklung auf dem Nordatlantik. Bremen 1970. Schriften des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung. VIII, 169 S.

Mit dieser Schrift veröffentlichte der Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung eine Ergänzung zu seiner vorausgegangenen Studie über „Bremens künftiges containerfähiges Ladungsaufkommen im Nordatlantikverkehr“ (1969). Die damit verbundene Absicht war es, eine Reihe unberücksichtigt gebliebener Aspekte zu analysieren sowie die Verhältnisse auf dem Nordatlantik zu durchleuchten. Das Buch ist demgemäß in zwei Hauptteile gegliedert, die von rund 30 statistischen Tabellen und Schaubildern begleitet sind.

Im ersten Teil behandelt Detrez „Merkmale und Folgen des Containerverkehrs“, und zwar sowohl technische Gegebenheiten als auch wirtschaftliche Probleme und Bedingungen. Neben Definitionen einschlägiger Begriffe sowie Beschreibungen technischer Geräte werden auch die Wirkungen der Containerisierung theoretisch abgeleitet. Ferner werden unter diesen Aspekten die für einen Übergang geeigneten Relationen (Eignungskriterien für Angebots- und Nachfrageseite) sowie damit verbundene rechtliche Probleme untersucht. Der

zweite Teil ist speziell der nordatlantischen Containerfahrt gewidmet; er umfaßt die landseitigen Voraussetzungen in den USA und Europa und die Stellung der Binnenverkehrsträger sowie die Einführung des Containers im Seetransport und in der Seehafenwirtschaft. Dieser Abschnitt beschreibt im wesentlichen die Einführung des Containers bei den Reedereien und gibt einen detaillierten Überblick über die damaligen Liniendienste. Außerdem wird eine Übersicht über den seinerzeitigen Stand der Maßnahmen für eine Anpassung der Umschlagsanlagen an die Bedürfnisse der Containerfahrt sowie die zu diesem Zweck geplanten Bauvorhaben geboten. Entsprechende Angaben werden für die Binnenverkehrsträger mitgeteilt. Die Tabellen untermauern die Textausführungen durch Ziffern über das Containeraufkommen einer Reihe von Nordatlantikhäfen, Containerschiffe, die Beförderung von Behältern im Seehafenzu- und -ablaufverkehr sowie Angaben über die Hafenausrüstungen für den Containerumschlag.

Insgesamt gesehen handelt es sich um ein vorwiegend deskriptives Buch mit einer Zusammenfassung der für den Containerverkehr relevanten Systemmerkmale und einem Abriß der bisherigen Entwicklung im Nordatlantik. Soweit eine Problemorientierung vorliegt, beschränkt sie sich mehr auf die allgemeinen als durch Fakten belegte Folgen der Containerisierung. Zu den gravierenden Marktproblemen, die auch 1970 schon deutlich waren, erfährt der Leser nichts; die Versuche zu ihrer Lösung sowie die tatsächlichen Wirkungen auf die Häfen (angebliche Tendenz zur Konzentration auf wenige Plätze) bedürfen daher weiterer Analysen mit besonderem Blickwinkel — nicht zuletzt auch angesichts der ziemlich optimistischen Urteile des Verfassers über die durch den Containerverkehr gegebenen Möglichkeiten zur Transportkostensenkung. Insbesondere die Ausführungen zur Entwicklung der Nordatlantikfahrt sind im Hinblick auf die Dynamik dieses Verkehrsbereiches als Mitteilungen „aus der Frühzeit des nordatlantischen Containerverkehrs“ zu betrachten.

Hans Böhme, Kiel

Günter Menges: Grundriß der Statistik. 2. erw. Aufl. Teil 1: Theorie.

Günter Menges und *Heinz J. Skala*: Grundriß der Statistik. Teil 2: Daten. Opladen 1972 u. 1973. Westdeutscher Verlag. 374 u. 475 S.

Der aus Vorlesungen des Verfassers hervorgegangene Teil 1, dessen erste Auflage 1968 erschien, ist der erste Band eines auf drei Bände geplanten Grundrisses der Statistik. Er ist für Studenten der Wirtschaftswissenschaften geschrieben, wendet sich aber gleichermaßen auch an Studierende anderer Fachrichtungen. Ziel des Buches ist es, dem Leser eine fundierte methodische Einführung in das statistische Denken zu vermitteln. Im Vordergrund steht dabei das Begreifen der Methoden von Grund auf, das Verstehen der Hintergründe und die Einsicht der Notwendigkeit statistischer Verfahren, um nicht nur blindes Anwenden von Rezepten zu vermitteln, sondern selbständiges Erkennen und Behandeln von Problemen und die Knüpfung von Zusammenhängen zu erreichen.

Das Buch gliedert sich in zehn Kapitel. Nach einem geschichtlichen Überblick und der Darstellung der erkenntnistheoretischen Grundlagen werden die wich-

tigsten Grundlagen (Mengen, statistische Massen, Einheiten und Merkmale) behandelt. Im 4. Kapitel erfolgt eine Einführung in die Wahrscheinlichkeitsrechnung mit einer ausführlichen Behandlung des Bayesschen Theorems. Das sich an die Kombinatorik anschließende Kapitel über „Stochastische Prozesse“ ist den diskreten Zufallsvariablen gewidmet, während das 7. Kapitel über „Verteilungsbegriffe“ vor allem stetige Zufallsvariable zum Inhalt hat. Daran schließt sich ein Kapitel über Momente, charakteristische Funktionen, Grenzwertsätze sowie spezielle Verteilungen an. Die beiden letzten Kapitel behandeln die statistische Inferenz sowie die Grundbegriffe des Schätzens und der Hypothesenprüfung.

Wer das Buch von Menges zur Hand nimmt und eine der üblichen Darstellungen zur statistischen Methodenlehre — nämlich mathematisch-abstrakt und unverständlich oder mathematikarm und rezeptbuchartig oder anschaulich-elementar und damit notgedrungen oft unsauber — erwartet, der wird überrascht. In einem äußerst flüssig zu lesenden, aufgelockerten Stil wird hier ein zusammenhängendes Konzept entwickelt. Es werden zwar auch die mathematischen Hintergründe vermittelt, aber durch zahlreiche Beispiele wird die Aufmerksamkeit des Lesers ständig gefesselt. Die zur Lektüre erforderliche Mathematik wird zum Teil mitgeliefert, jedoch wird ohne ein gewisses mathematisches Verständnis das Buch nicht zu lesen sein. Es ist bedauerlich, daß das Buch durch seinen Umfang manchen Leser abschrecken wird. Würde man es allen Studenten und Anwendern der Statistik zur Pflichtlektüre machen, so ließe sich manche falsche Anwendung der Statistik, manches Mißverständnis und Unverständnis vermeiden.

Der von Menges und Skala gemeinsam verfaßte zweite Band ist offenbar nur zum Teil aus Vorlesungen entstanden und richtet sich als Zielgruppe nicht nur an Studierende der verschiedenen Fachrichtungen, sondern auch an den statistischen Praktiker. Die Verfasser haben mit diesem Buch den Versuch unternommen, ein Gebäude einer geschlossenen, konsistenten, statistischen Datentheorie zu entwerfen. Es werden zwar auch Rezepte vermittelt, das Hauptanliegen der Autoren ist aber die Entwicklung einer zusammenhängenden Theorie und die Herstellung übergreifender Beziehungen. Die Kenntnis des ersten Bandes wird nicht vorausgesetzt, erscheint aber an vielen Stellen wünschenswert.

Die zehn Kapitel des Teil 2 behandeln im einzelnen die folgenden Gebiete: Daten- und Meßtheorie, Erhebungsplanung, Datengewinnung aus Beobachtungen, Datengewinnung aus Experimenten, Theorie der Automaten, Programmiersprachen, Technologie der Datenverarbeitung, Fehler und ihre Fortpflanzung, Reduktion (Aufbereitung statistischer Daten), Präsentationen (Darstellung) und Organisation. Die Kapitel 5 bis 7 (Automaten, Programmierung, elektronische Datenverarbeitung) vermögen in der Gliederung nicht ganz zu überzeugen, da sie nur Grundzüge vermitteln und es sicher bessere Einführungen gibt. So wichtig gerade die EDV für die praktische Statistik sein mag, so problematisch erscheint doch ihre Behandlung in einem Statistik-Buch.

Für jeden, der sich näher mit der Statistik auseinandersetzen hat, wird das Buch von Menges und Skala eine gewinnbringende Lektüre sein, obwohl gerade Studenten und Praktiker durch die zum Teil weiten Ausschweifungen

sehr ermüden werden. Die im Vorwort erwähnten „Rezepte“ sind in der Vielfalt der Darstellung untergegangen. Wegen der kritischen und umfassenden Behandlung des Stoffes kann das Buch dennoch unbedingt für Studenten und Praktiker empfohlen werden.

Jochen Schwarze, Braunschweig

Horst Rinne: Die Verlässlichkeit von Sozialproduktsdaten auf der Basis ihrer Revisionen. Meisenheim am Glan 1969. Anton Hain K.G. VIII, 91 S.

Die Studie von Rinne befaßt sich mit einem sehr grundsätzlichen, wenngleich von Statistikern und Ökonometrikern gerne vernachlässigten Problem, nämlich dem der Auswirkung von Fehlern amtlicher statistischer Makrodaten in interdependenten ökonomischen Systemen. Die Makrogröße, die Gegenstand der Untersuchung Rinnes ist, ist das Sozialprodukt, dessen vorläufige Schätzung gegenwärtig in den Publikationen des Statistischen Bundesamtes mit steigendem Abstand zur Bezugsperiode immer wieder adjustiert wird.

Die Methodik, nach der Rinne vorgeht, ist einleuchtend. Er entwirft ein sehr einfaches, praktische Relevanz nicht beanspruchendes ökonomisches Modell der BRD, um die Auswirkungen der Verwendung von Sozialproduktsdatensätzen unterschiedlicher Reifegrade empirisch zu vergleichen: erste vorläufige Angaben; gemischte (unterschiedlich ausgereifte) Daten, die zu einem Zeitpunkt zur Verfügung stehen; endgültige Angaben. Die Datensätze beziehen sich auf die Jahre 1950 - 1960; die empirische Basis der Untersuchung ist daher recht schmal. Das Modell umfaßt außerdem verteilungsgebundene Annahmen bezüglich der enthaltenen latenten Variablen, was die durchgeführten statistischen Testverfahren etwas entwertet.

Das wesentliche Resultat der Untersuchung Rinnes, die Revision von Sozialproduktsdaten übe keinen starken Einfluß auf die Ergebnisse von Struktur-schätzungen aus, ist natürlich bei der speziellen Ausrichtung der Studie an einem einfachen ökonomischen Modell und angesichts der schmalen empirischen Grundlage nur mit größter Vorsicht zu verallgemeinern. Der Verfasser betont das am Ende seiner sehr sorgfältigen Untersuchung ausdrücklich.

Eberhard Schaich, Regensburg

Richard Zwintz: Zum Problem der ökonomisch relevanten außermärklichen Beziehungen. München, Wien 1970. R. Oldenbourg. 191 S.

Um die ökonomischen Auswirkungen der zunehmenden Gewässer-Verunreinigung qualitativ und quantitativ umfassend beschreiben zu können und um wirtschaftspolitische Maßnahmen auf diesem Sektor des Umweltschutzes zu beurteilen, versucht der Autor, die üblicherweise als soziale Kosten und Gewinne bezeichneten Tatbestände genauer zu differenzieren. Er setzt sich kritisch mit der Literatur und den häufig anzutreffenden unklaren Abgrenzungen auseinander. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß einige der beschriebenen Effekte neben oder außerhalb der Marktkonstellation auftreten. Sofern die Betroffenen die Aktivitäten fremder Wirtschaftssubjekte auf einem anderen Wege als über den Marktmechanismus bemerken, spricht der Autor von außermärklichen Beziehungen. Er gelangt damit teilweise zu anderen

Gruppierungen als die Literatur. Anhand eines Vier-Sektoren-Modells demonstriert er diese Zusammenhänge und legt später dar, daß die außermärklichen Beziehungen immer dann auftreten, wenn an bestimmten Seltenheitsgütern ein Eigentum nicht konstituierbar sei und sie deshalb keinen Preis hätten. Aufgrund der fehlenden Internalisierung der Kosten berücksichtigt der Verursacher diese nicht, während beim Träger ökonomische Wirkungen auftreten. Verfasser befaßt sich dann mit den Relationen zwischen den außermärklichen Beziehungen und dem Wettbewerb, der Einkommensverteilung, der Konjunktur und dem Wachstum und leitet daraus einige Thesen ab; eine ausführlichere Darlegung der Bedingungen dieser Thesen wäre noch informativer gewesen.

Auf diesem Hintergrund werden vom Verfasser einige Kosten- und Gewinnquantifizierungen auf dem Gebiet der Gewässer-Verunreinigung in der BRD vorgetragen. Trotz des Fehlens ausreichender Statistiken demonstriert er z. B. die erhebliche Schädigung der Binnenfischerei. Das Bemühen des Verfassers ist hervorzuheben, die Schadensberechnung transparent zu gestalten und die Werte kritisch zu beurteilen. Das gleiche gilt auch für die Ermittlung der durch die Gewässer-Verunreinigung bei der öffentlichen Wasserversorgung verursachten Kosten. Die ausführliche Schilderung technischer Details und die informativen Statistiken ergeben ein eindrucksvolles Bild der Entwicklung der hier tätigen Unternehmen und ihrer gesamtwirtschaftlich relevanten Aufwendungen. Auch die Wasserversorgung der Industrie wird quantitativ behandelt und eine Vorausschätzung des Anfalls an Industrieabwässer bis 1980 vorgetragen.

Die vorsichtig als Antischadenspolitik vorgetragenen Thesen des Autors laufen auf die Konstituierung einer Als-Ob-Eigentumsordnung hinaus, bei der nicht an eine Ersetzung des Schadens durch die Verursacher gedacht ist, sondern an Maßnahmen, die beim Verursacher ansetzen und schon das Entstehen von externen Kosten verhindern sollen. Der Verfasser gibt den ordnungspolitischen Maßnahmen den Vorrang vor fiskalischen Eingriffen. Das Buch bietet eine recht informative Sichtung der bisherigen theoretischen Arbeiten und spiegelt den Versuch einer eigenen Interpretation der relevanten Zusammenhänge wider. Die besondere Stärke der Arbeit liegt zweifellos in der verdienstvollen Quantifizierung einiger wasserwirtschaftlicher Zusammenhänge, was der Untersuchung in der aktuellen Umweltschutzdiskussion einen Platz sichern dürfte.

Eberhard Thiel, Hamburg